

Reinhold Kowalski

## **Die zyklische Krise 2009 in Ost- und Westdeutschland**

Ein empirischer Überblick

### **Inhaltsverzeichnis**

	Seite
1. Hauptmerkmale der zyklischen Krise	4
2. Erste zyklische Krise in der ostdeutschen Wirtschaft	10
3. Die Industrie das Epizentrum der zyklischen Krise	12
3.1. Zyklische Krise in ostdeutscher Industrie milder	12
3.2. Zyklische Krise traf FuE-intensive Zweige härter	17
3.3. Tiefe zyklische Kriseneinbrüche in allen Bundesländern.	20
4. Zyklische Krise verschärft die sozialökonomischen Defizite Ostdeutschlands	22
5. Wie weiter im Ost-West-Angleichungsprozess?	24
5.1 Die Strukturdefizite der ostdeutschen Industrie	24
5.2 Die FuE-Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft	31
5.3 Die Ost-West-Einkommenslücke	33
6. Für eine neue gesamtdeutsche Wirtschaftsstrategie	35

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten in Deutschland .....	5
Tabelle 2 Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern .....	10
Tabelle 3 Kriseneinbrüche in der ost- und westdeutschen Industrie, im Jahre 2009 .....	11
Tabelle 4 Umsatzeinbrüche in der ost- und westdeutschen Industrie, 2009 .....	13
Tabelle 5 Hauptgruppen mit überdurchschnittlichen Kriseneinbrüchen 2009 (baue Zahlen) .....	14
Tabelle 6 Einbruch der Bruttowertschöpfung (BWS) in Ostdeutschland (ohne Berlin) .....	15
Tabelle 7 Umsatzstruktur und Exportquoten nach Hauptgruppen, 2009 .....	15
Tabelle 8 Einbrüche bei Tätigen Personen und Entgelte in ausgewählten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland, 2009.....	16
Tabelle 9 Umsatz- und Exporteinbrüche in ausgewählten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland, 2009 .....	18
Tabelle 10 Ausgewählte Industriezweige mit überdurchschnittlichen Umsatzeinbrüchen, 2009.....	19
Tabelle 11 Ausgewählte Industriezweige mit überdurchschnittlichen Exporteinbrüchen, 2009 .....	20
Tabelle 12 Betriebe im Verarb. Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, 2009 (Überdurchschnittliche Einbrüche = blaue Zahlen) .....	21
Tabelle 13 Ausgewählte Daten im Ost- Westvergleich.....	23
Tabelle 14 Umsatzlücke zwischen der ost- und westdeutschen Industrie, 2008.	25
Tabelle 15 Vergleichsdaten zum Gewicht und zur Effektivität der Industrie <sup>0</sup> in Ost- und Westdeutschland nach Größenklassen, 2009.....	27
Tabelle 16 Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2009 (Stand: 30 Juni) nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes (alle Betriebe <sup>1</sup> ) .....	30
Tabelle 17 FuE-Intensitäten in Ostdeutschland im Vergleich zu Deutschland insgesamt, 2008 .....	32
Tabelle 18 Bruttodurchschnittslohn/ gehalt nach Branchen und Betriebsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland, 2009 .....	35
Tabelle 19 Bruttoinlandsprodukt, 1. Halbjahr 2010 - vorläufige Ergebnisse in Deutschland nach Bundesländern .....	37

## **Abbildungen**

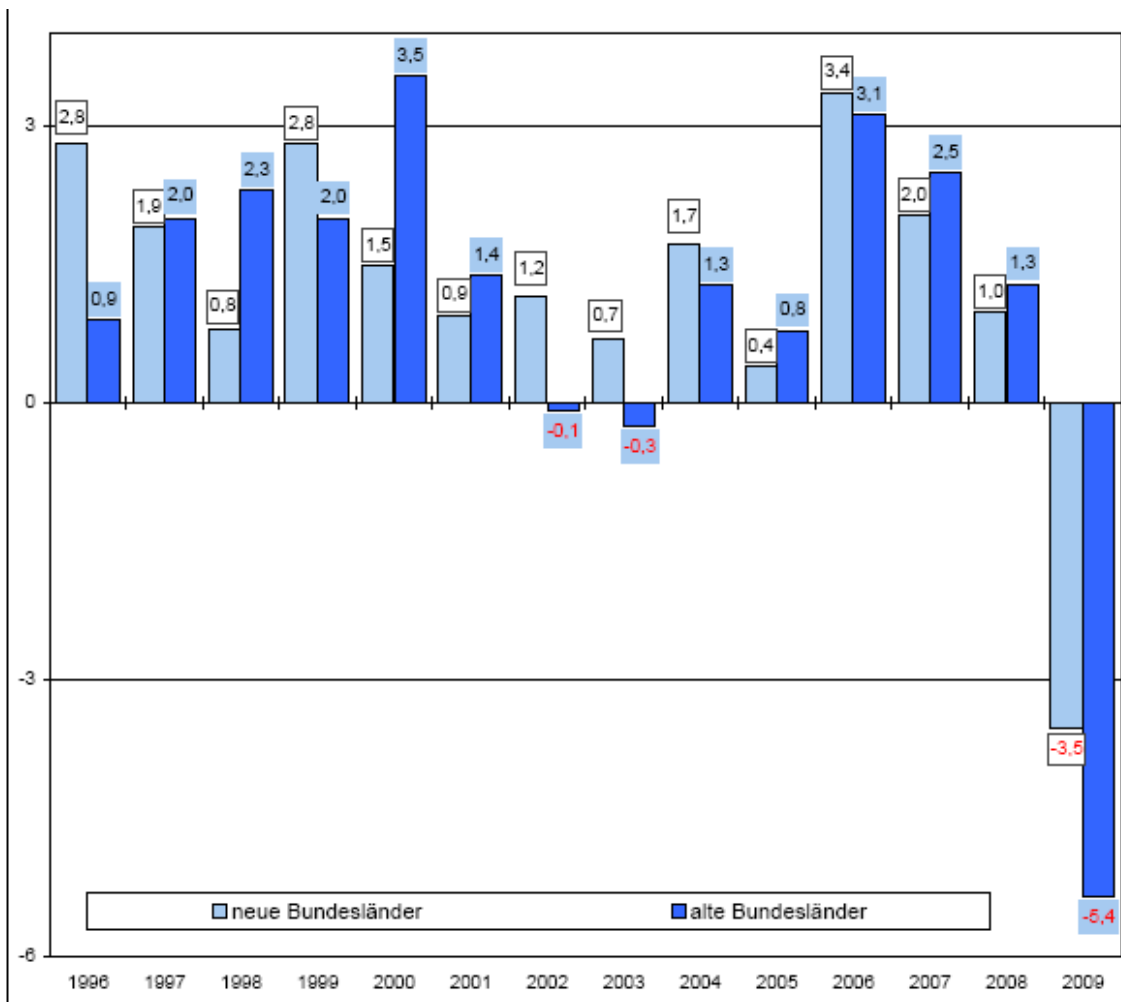
Abbildung 1 Bruttoinlandsprodukt in den neuen und alten Ländern .....	4
Abbildung 2 Aufklaffende Einkommensschere.....	6
Abbildung 3 Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Krisenjahr 2009.....	7
Abbildung 4 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik, 2009 .....	8
Abbildung 5 Bruttodurchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland und Angleichungsquote (Westdeutschland = 100);.....	33

## 1. Hauptmerkmale der zyklischen Krise

Die letzte zyklische Abschwächung vor dem Krisenjahr 2009, erfasste die Bundesrepublik in den Jahren 2002 / 03. Damals ging das BIP, wie die Abbildung 1 zeigt, nur geringfügig zurück und zudem auch nur im früheren Bundesgebiet. Die neuen Länder befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch in einer Aufschwungs- und Aufholphase, die durch den Transformationsprozess (ab 1990) ausgelöst worden war.

### Abbildung 1 Bruttoinlandsprodukt in den neuen und alten Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr, v. H.<sup>1</sup>



<sup>1)</sup> Basis: ESVG 1995, preisbereinigt, verkettet. Neue und alte Bundesländer: jeweils ohne Berlin  
Berechnungsstand: August 2009 / Februar 2010  
Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Quelle: Kopie aus >BMW, Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer<, Berlin, Juli 2010, S. 4

<sup>1</sup> Quelle: BMW, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Berlin, Mai 2010, S. 4

Der zyklische Einbruch von 2009 war der tiefste und zugleich umfassendste in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies resultiert nicht zu letzt aus der Verquickung einer internationalen zyklischen mit der weltweiten Krise des Finanzmarktes. Tabelle 1 zeigt, dass alle wichtigen Bereiche der Volkswirtschaft betroffen wurden und macht zugleich charakteristische Merkmale dieser Krise sichtbar:

- Bereits zwei Jahre vor ihrem Ausbruch stagnierten die Konsumausgaben, eine Folge des Abbaus von Sozialleistungen, des Lohndrucks und schließlich auch der Verunsicherung von vielen Verbrauchern, insbesondere derjenigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Auch im Aufschwungsjahr 2010 zahlt die Masse der Verbraucher (Beschäftigte, Rentner, Arbeitslose, Empfänger von Sozialleistungen) für die überstandene Krise mit einer Stagnation ihrer Konsumausgaben.

### **Tabelle 1 Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten in Deutschland**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Volumenangaben

BIP u. wichtige Komponenten	2006	2007	2008	2009 <sup>0</sup>	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent					
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,5	1,3	<b>4,7</b>	3,5	2,0
Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,3	<b>-0,4</b>	0,4	<b>-0,5</b>	0,8	1,4
Anlageinvestitionen	.	.	.	<b>10,1</b>	5,7	3,3
Ausrüstungsinvestitionen	11,8	11,0	3,3	<b>22,6</b>	8,9	5,8
Bauinvestitionen	4,6	0,0	2,6	<b>-1,5</b>	3,7	1,5
Importe	11,9	4,8	4,3	<b>-9,4</b>	14,0	7,4
Exporte	13,0	7,5	2,9	<b>14,3</b>	15,3	7,1

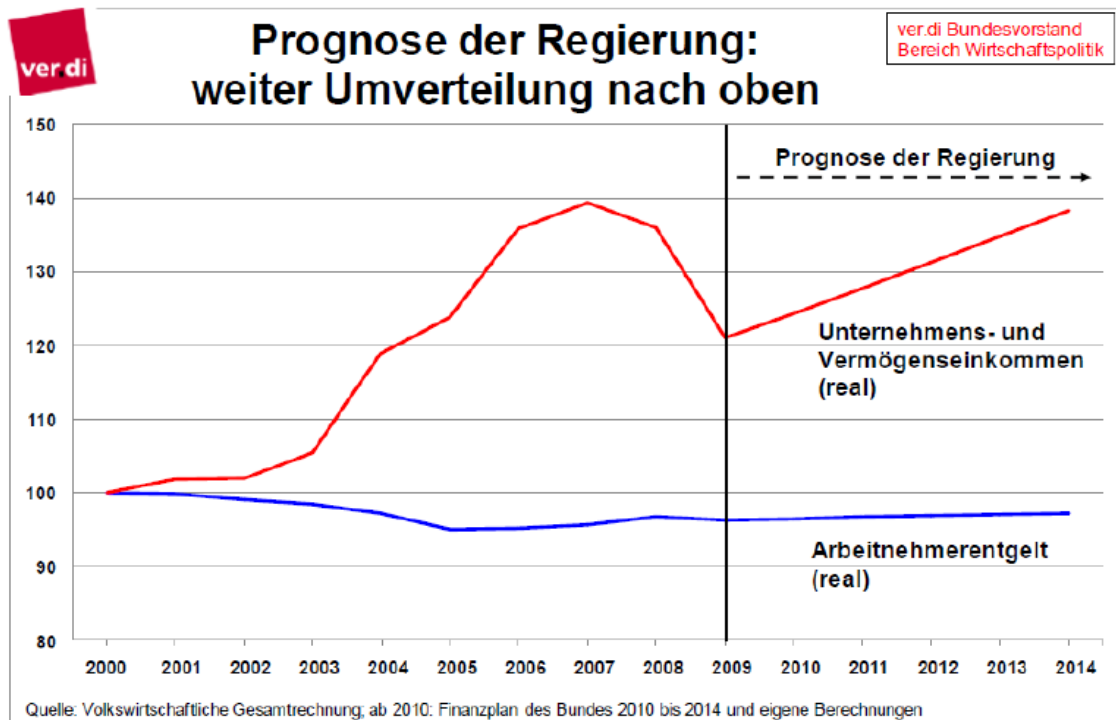
0) Daten aus dem Herbstgutachten der Forschungsinstitute 1) Schätzungen der Institute im Herbstgutachten 2) Privater Haushalte.

Quelle: DIW, Berlin, Wochenbericht Nr. 26 / 2010, S. 18 und >Gemeinschaftsprognose< der Forschungsinstitute, Herbst 2010, München, 12.10.2010, S. 65

- Hauptursache des tiefen Kriseneinbruchs ist die aufklaffende Schere zwischen den Löhnen und Gehältern einerseits sowie den Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits. Wie Abbildung 2 zeigt, divergieren diese wichtigen volkswirtschaftlichen Größen seit 2000. Zwar gab es im Krisenjahr 2009 auch einen erheblichen Absturz der Kapitaleinkommen (**-12,6** v.H. geg. Vor-

jahr<sup>2</sup>), aber sie erholten sich sehr rasch mit einem steilen Anstieg, ohne allerdings die Kriseneinbuße bisher ausgeglichen zu haben.

## Abbildung 2 Aufklaffende Einkommensschere



V.I.S. d.P.: VER.DI BUNDESVERSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Demgegenüber sollen die Einkommen der Beschäftigten nach den Absichten der Unternehmerverbände und der Regierung in den nächsten Jahren weiterhin nur geringfügig zunehmen und damit die Einkommensschere wieder kräftig öffnen. Nach der Prognose der Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 2010 steigen im laufenden Jahr die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 14,0 v. H. gegenüber dem Vorjahr, die Arbeitnehmerentgelte aber nur um 2,4 v. H.<sup>3</sup> Wenn der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung an Fahrt und Breite gewinnen soll, ist das eine sehr ungünstige, hemmende Entwicklung. Der relativ günstige Tarifabschluss der IG. Metall für die Beschäftigten der Stahlindustrie, lässt hoffen, dass diese Absicht scheitern wird.

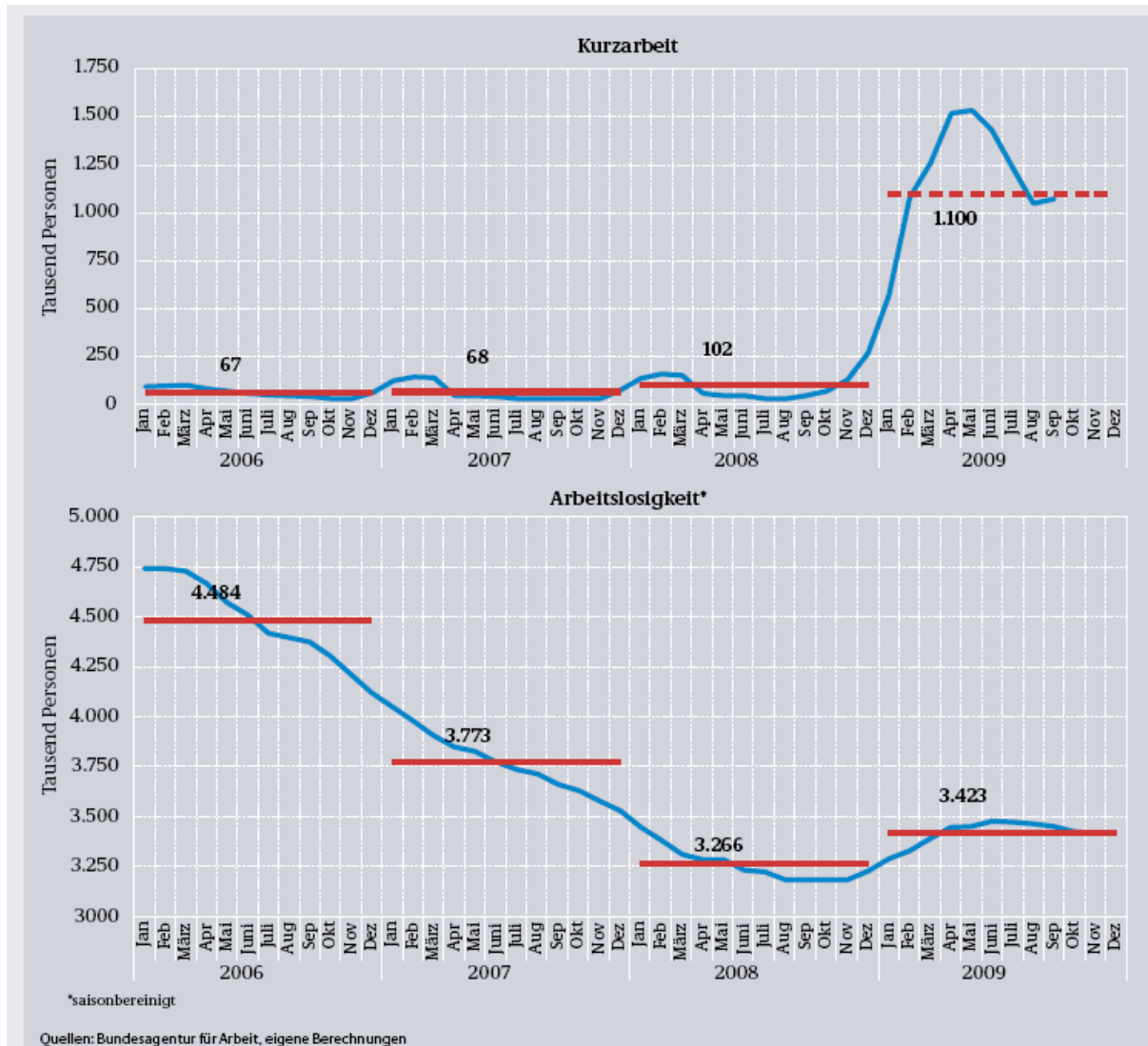
- Die günstigen Profite der Unternehmen ermöglichten ihnen im letzten Aufschwung vor der Krise umfangreiche Investitionen ins Anlagekapital, wie Tabelle 1 ausweist. Insbesondere die rasche Expansion der Investitionen in >Ausrüstungen< stärkten die internationale Konkurrenzfähigkeit der Unter-

<sup>2</sup> >Gemeinschaftsprognose< der Forschungsinstitute, Herbst 2010, München, 12.10.2010, S. 66 online Ausgabe

<sup>3</sup> >Gemeinschaftsprognose< der Forschungsinstitute, Herbst 2010, München, 12.10.2010, S. 65 online Ausgabe

nehmen. Die Krise 2009 brachte hier zwar einen starken Einbruch (**-22,6** v. H. gegenüber 2008) aber sie beeinträchtigte weder die Qualität noch die quantitativen Kapazitäten der Anlagen, wie der rasche Aufschwung insgesamt, insbesondere aber der des Exports beweisen. Zudem nehmen die Ausstattungsinvestitionen bereits wieder einen aufstrebenden Verlauf – siehe Tabelle 1.

**Abbildung 3 Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Krisenjahr 2009**



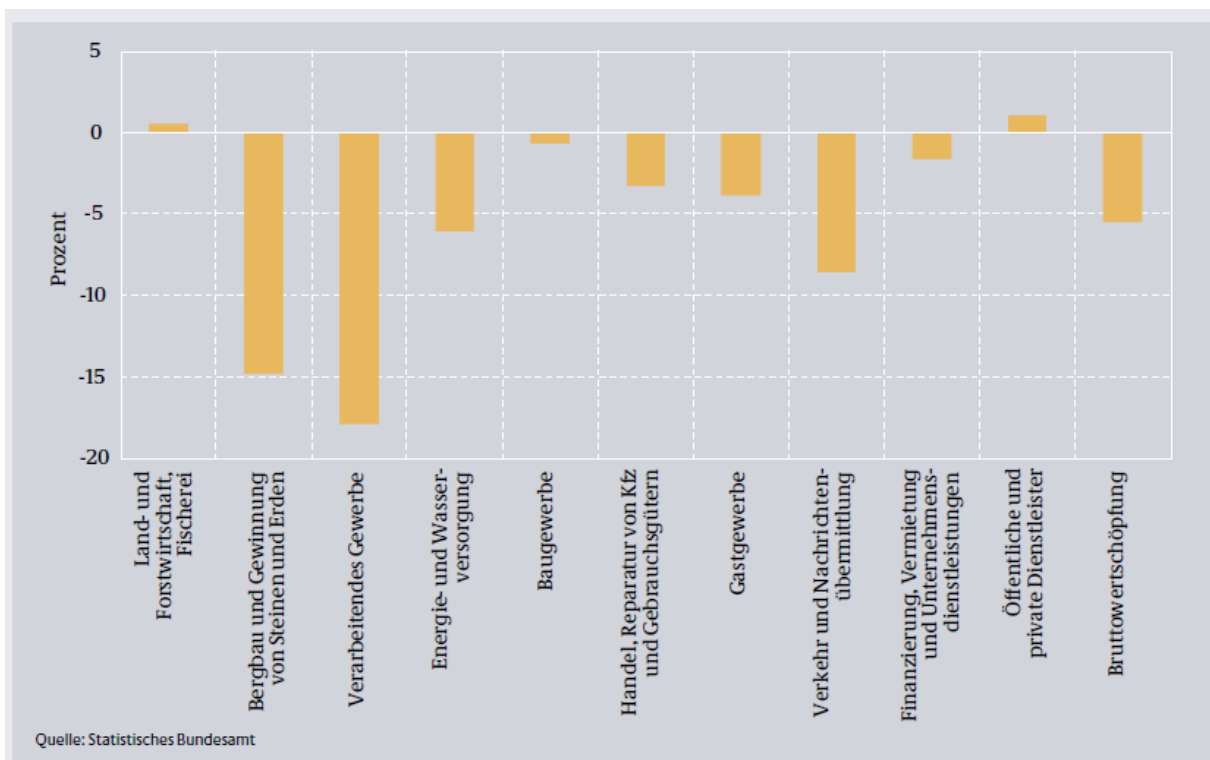
Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2010, BMWi Berlin, S. 17

- Die Modernisierung und Effektivierung der Produktionsausrüstungen verbunden mit Lohndruck und staatlichen Fördermaßnahmen für Unternehmen, ermöglichten eine anhaltende Exportoffensive im letzten Zyklus, auf Kosten des privaten Verbrauchs und auch der öffentlichen Haushalte (Sparpolitik in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge). Der tiefe Einbruch bei den Ex-

porten (-14,3 v. H. gegenüber 2008) macht das Ausmaß dieser widersprüchlichen Entwicklung drastisch deutlich. Sowohl die gegenwärtigen wirtschaftlichen Trends als auch die Unternehmens- und Wirtschaftspolitik, lassen eine Veränderung dieser Entwicklung z. Z. noch nicht erkennen. Die ungehemmte Fortsetzung der bisherigen Exportoffensive aber wird sowohl die inneren ökonomischen Widersprüche als auch die außenwirtschaftlichen (die Exportüberschüssen Deutschlands sind die Außenhandelsdefizite der Absatzländer, z. B. Griechenlands) schnell wieder zuspitzen und zu internationalen Konflikten und neuen Kriseneinbrüchen führen. Eine Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft in Richtung Binnenmarkt (privater Verbrauch und öffentliche Daseinsvorsorge) ist unabdingbar für eine künftige relativ störungsfreie Wirtschaftsentwicklung.

#### Abbildung 4 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik, 2009

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.



Quelle: Kopie aus: Jahreswirtschaftsbericht 2010, BMWi Berlin, S. 61

- Zu den Besonderheiten der Krise 2009 gehört, dass sich die mit jeder Krise verbundene Freisetzung von Arbeitskräften diesmal im Doppelpack äußerte, einmal in der Zahl der Entlassenen und zweitens in der stark zunehmenden



Zahl von Kurzarbeitern – siehe Abbildung 3. Infolge mehrerer Ursachen<sup>4</sup> ging seit dem Höhepunkt der chronischen Massenarbeitslosigkeit im Jahr 2005 mit rund 5 Mio. diese Zahl zurück, sie sank bis zum Vorkrisenjahr 2008 auf 3,3 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt. Im Krisenjahr erhöhte sich ihre Zahl lediglich um 157 Tsd. bzw. um 4,8 v. H. Dagegen aber gab es zum Tiefpunkt der Krise im Mai 2009 rund 1,5 Mio. Kurzarbeiter, diese Zahl hatte sich gegenüber dem Durchschnitt in 2008 auf rund das Fünffache erhöht. Das ist zum einen natürlich die Folge der Krise, aber zugleich auch ein Ergebnis der wirtschaftspolitischen Intervention der Bundesregierung. Unternehmen konnten bei Auftragseinbrüchen nicht benötigte Beschäftigte, statt sie zu entlassen, in Kurzarbeit schicken. Die Bundesagentur für Arbeit übernahm in diesen Fällen einen Teil des infolge der Arbeitszeitverkürzung ausfallenden Lohns. Die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Kurzarbeiter blieben so weiterhin Mitarbeiter des jeweiligen Unternehmens und konnten sofort voll beschäftigt werden, als sich die Auftragslage wieder verbesserte. Die Kurzarbeit ersparte den betroffenen Personen die mit Kündigung und neuer Arbeitsplatzsuche verbundenen Belastungen. Allerdings, die öffentlichen Ausgleichszahlungen ersetzten nicht die gesamte bei Vollbeschäftigung zu erzielende Lohnsumme, Kurzarbeiter erlitten mithin krisenbedingte Einbußen.<sup>5</sup>

- Zu den Besonderheiten der zyklischen Krise 2009 in Deutschland zählt schließlich, dass sie den Westen, das frühere Bundesgebiet, härter traf als die neuen Länder. Das ist bereits aus der Abbildung 1 ersichtlich: im Westen verringerte sich das BIP um 5,4 v. H. im Osten aber um 3,5 v. H., ein deutlicher Unterschied. Auch in Ostdeutschland erlitt die Industrie den tiefsten Absturz, die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe verminderte sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um 15 v. H.; der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sogar um 17,5 v. H.<sup>6</sup>, ein tiefer Absturz, aber geringer als im Westen. Den Gründen für diesen milderen Verlauf der Krise wird im Folgenden nachgegangen.

## **2. Erste zyklische Krise in der ostdeutschen Wirtschaft**

In den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung, ja selbst in Analysen von Forschungsinstituten wird noch immer behauptet, die neuen Länder befänden

---

<sup>4</sup> Relativ günstige Wirtschaftsentwicklung (Exportoffensive) und eine Verknappung von verfügbaren Arbeitskräften

<sup>5</sup> Zu Einzelheiten dieser Regelung siehe: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, >MEMORANDUM 2010<, Köln 2010, S. 82 ff.

<sup>6</sup> Quelle: IWH, Wirtschaft im Wandel, 7 / 2010, S. 326

sich in einem historischen Auf- und Nachholprozess, der sie schließlich an das Produktivitäts- und Einkommensniveau der alten Länder heranführen werde. MEMO hat wiederholt in Analysen nachgewiesen, dass dies nicht zutrifft: Die ostdeutsche Wirtschaft ist seit Mitte der neunziger Jahre voll in das deutsche kapitalistische Wirtschaftssystem eingepasst, die empirischen Daten signalisieren seit langem keinen Aufholprozess mehr, vielmehr eine normale, typische, d. h. ungleichmäßige, kapitalistische Entwicklung bei nach wie vor großer, verfestigter Produktivitäts- und Einkommenslücke zum früheren Bundesgebiet.<sup>7</sup>

## Tabelle 2 Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern

Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr v. H.

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	3,2	2,0	0,8	2,7	1,9	1,2	1,4	0,8	2,1	0,5	3,3	2,4	1,1	-4,2
Land- und Forstwirtsch., Fischerei	-1,2	9,2	-3,3	13,1	-7,9	7,4	-9,5	-8,8	38,7	-22,4	-10,6	8,4	6,8	0,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	8,9	5,5	2,0	5,5	10,1	2,8	2,4	4,4	7,3	4,8	8,2	4,6	0,8	-13,6
* dar.: Verarbeitendes Gewerbe	5,7	11,2	4,9	7,4	12,8	4,0	2,5	4,7	8,4	6,4	9,9	5,9	1,9	-15,0
Baugewerbe	-4,4	-4,7	-11,2	-7,6	-12,4	-13,3	-5,2	-5,1	-5,7	-8,9	-1,6	1,5	0,4	-1,1
Handel, Gastgewerbe u. Verkehr	2,2	0,1	3,1	5,4	2,4	2,6	2,4	0,4	2,4	-1,1	2,8	-0,2	2,0	-3,6
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	9,2	6,2	7,9	3,5	4,2	6,3	4,5	2,1	0,0	3,7	4,4	4,4	0,7	-2,2
öffentliche u. private Dienstleister	1,7	1,3	-0,1	2,3	1,1	-0,6	0,5	-0,5	-0,2	-0,4	0,8	0,6	1,0	0,5

<sup>1)</sup> nach ESVG 1995. Berechnungsstand: August 2009 / Februar 2010. Neue Länder ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder"

Quelle: Kopie von: BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Berlin Juli 2010, S. 5

Der Ausbruch einer allseitigen zyklischen Überproduktionskrise ist ein klarer Beweis dafür; denn aus internationalen Erfahrungen ist bekannt, dass sich auf- bzw. nachholende Wirtschaftsregionen (z. B. Japan und Westdeutschland nach dem Weltkrieg II) gegenüber anderen Ländern, die keine substanziellen Zerstörungen erlitten, (z. B. USA oder das UK.) viele Jahre mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten entwickelten und von zyklischen Einbrüchen in anderen Industrieländern nicht erfasst wurden. Aber bereits 2002/2003 reagierten die neuen Länder auf den zyklischen Abschwung in den alten mit einer deutlichen Abschwächung des Wachstums – siehe Abbildung 1. Diese relativ geringfügige Reaktion auf die allgemeine, internationale Rezession resultiert auch aus dem insgesamt milden Verlauf der damaligen Krise.

<sup>7</sup> Siehe hierzu: R. Kowalski, >Die Industrie in Ostdeutschland<, Berlin, März 2010, S. 17; veröffentlicht auf der website von MEMO

Tabelle 2 verdeutlicht, dass die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern seit Mitte der 90er Jahre keinen typischen Aufholprozess mehr widerspiegelt. Fast alle Wirtschaftsbereiche zeigen eine sehr schwankende, diskontinuierliche Entwicklung.

Das Baugewerbe nahm dabei eine besondere Entwicklung: Es profitierte in den ersten Jahren der Transformation infolge einer starken Nachfrage aller Kunden, sowohl der Unternehmen als auch der privaten und öffentlichen Haushalte, die aus DDR-Zeiten einen aufgestauten Nachholbedarf hatten (vor allem im Infrastrukturbereich aber auch im Wohnungsbau). Dieser Boom führte zu einer Ausweitung der Kapazitäten, die bald nicht mehr auszulasten waren und eine nachhaltige Strukturkrise auslösten von der sich das ostdeutsche Baugewerbe bis in die Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts nicht erholte. Auch die Landwirtschaft und die Dienstleistungsbereiche zeigen starke Schwankungen bis zu Produktionseinbrüchen. Eine Ausnahme macht der Kern der Industrie, das >Verarbeitende Gewerbe<<sup>8</sup>. Infolge der Transformation war es bis 1991 auf 31 v. H. seines Produktionsausstoßes von 1989 (letztes DDR-Jahr) geschrumpft.<sup>9</sup> Ab 1993 begann dann ein kurzer, kräftiger Aufholprozess, der ab 1995 in schwankende Wachstumsraten überging, jedoch ohne Produktionsrückgänge. Die zyklische Krise von 2009 aber traf auch die Industrie der neuen Länder, der Produktionsausstoß brach um 15 v.H. ein. (Siehe Tabelle 2)

**Tabelle 3 Kriseneinbrüche in der ost- und westdeutschen Industrie, im Jahre 2009 (Veränderung gegenüber 2008, v. H.)**

Industrie nach Hauptgruppen	Betriebe		Tätige Personen		Entgelte	
	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD
Vorleistungsgüter	2,1	<b>-0,1</b>	<b>-5,2</b>	<b>-5,8</b>	<b>-7,7</b>	<b>-7,1</b>
Investitionsgüter .	3,7	<b>-0,1</b>	<b>-3,1</b>	<b>-4,1</b>	<b>-3,2</b>	<b>-6,4</b>
Gebrauchsgüter	<b>-0,4</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,9</b>	<b>-7,4</b>	<b>-8,4</b>	<b>-9,0</b>
Verbrauchsgüter	2,2	<b>-1,7</b>	1,6	<b>-3,2</b>	2,4	<b>-2,9</b>
Energie		<b>-1,7</b>	0,5	<b>-5,7</b>	2,8	1,0
Jeweilige Region insgesamt	2,5	<b>-0,5</b>	<b>-3,0</b>	<b>-4,7</b>	<b>-4,2</b>	<b>-6,2</b>

1) Einschließlich Berlin

Quelle: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

<sup>8</sup> Dazu zählen alle Zweige ohne Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie das Baugewerbe.

<sup>9</sup> Siehe: R. Kowalski, >Die Industrie in Ostdeutschland – Situation und Perspektive<, Berlin 2009, S. 13 (Veröffentlicht auf der homepage der MEMO-Gruppe)

### 3. Die Industrie – das Epizentrum der zyklischen Krise

Die Industrie wird von den typischen kapitalistischen zyklischen Überproduktionskrisen stets am stärksten getroffen, hier kommt es infolge zusammenbrechender Nachfrage zu tiefen Produktionseinbrüchen, weil

- im vorangegangenen Aufschwung, getrieben durch die Konkurrenz zwischen den Produzenten, die Kapazitäten disproportional und weit über die reale Kaufkraft der Kunden im In- und Ausland ausgeweitet werden. Die Krise, d. h. die spontane Kapitalvernichtung, bereinigt dann das Anlagekapital von den nicht verwertbaren Ausrüstungen. Dieser zyklische Prozess kennzeichnet den Kapitalismus seit 1825.
- die Verbraucher in Krisenzeiten zunächst auf industrielle Erzeugnisse verzichten, selbst bei industriell gefertigten Nahrungsmitteln wird dann >eingespart<. Vor allem aber schränken die Unternehmen ihre Investitionen und den laufenden Produktionsverbrauch ein. Dagegen sind bestimmte Dienstleistungen, wie z. B. im Gesundheit- und Bildungswesen krisenresistenter.

Die Krise von 2009 zeigt wiederum dieses typische Muster. Während sich das BIP insgesamt um fast 5 v. H. verminderte, brach das Verarbeitende Gewerbe, also der Kern der Industrie, um 18 v. H. ein. (Siehe Abbildung 4) Die öffentlichen und privaten Dienstleister sowie die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei erzielten sogar im Krisenjahr geringe Zuwächse.

#### 3.1 Zyklische Krise in ostdeutscher Industrie milder

Obwohl die beiden deutschen Regionen voll von der Krise getroffen wurden, verlief sie doch unterschiedlich: sie traf den Westen härter als den Osten, wie aus den Tabellen 3 und 4 deutlich wird.

Tabelle 3 zeigt für das frühere Bundesgebiet im Krisenjahr für alle Hauptgruppen der Industrie rote Zahlen mit nur einer Ausnahme: die Entgelte im Energiebereich nahmen um ein Prozent zu. Demgegenüber ging im Osten nur bei den Gebrauchsgütern die Zahl der Betriebe schwach zurück, dagegen kam es in vier weiteren Bereichen sogar zu schwarzen Zahlen. Bei den >Tätigen Personen<<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Unter >Tätige Personen< erfasst die Statistik „alle im Berichtsjahr im Betrieb tätigen Personen einschl. der tätigen Inhaber / Inhaberinnen, mithelfenden Familienangehörigen (auch unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind), an andere Unternehmen überlassenen Mitarbeiter/ Mitarbeiterinnen und Heimarbeiter/-arbeiterinnen, aber ohne Leiharbeiter/ Leiharbeiterinnen.“ Des Weiteren zählen dazu auch Azubis, Saison- und Aushilfsarbeiter sowie Teilzeitbeschäftigte (auf Vollzeit hochgerechnet).

gab es schwache, bei den Entgelten normale Zuwächse in den Zweigen Verbrauchsgüter und Energieproduzenten. (Tabelle 3)

#### **Tabelle 4 Umsatzeinbrüche in der ost- und westdeutschen Industrie, 2009**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr, v. H.

Industrie nach Hauptgruppen	Umsatz		Inlandsumsatz		Auslandsumsatz	
	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD
Vorleistungsgüter	<b>-19,3</b>	<b>-21,2</b>	<b>-18,4</b>	<b>-21,0</b>	<b>-21,2</b>	<b>-21,6</b>
Investitionsgüter	<b>-15,9</b>	<b>-19,1</b>	<b>-13,0</b>	<b>-16,3</b>	<b>-19,8</b>	<b>-21,1</b>
Gebrauchsgüter	<b>-12,2</b>	<b>-14,8</b>	<b>-10,7</b>	<b>-10,9</b>	<b>-15,1</b>	<b>-21,1</b>
Verbrauchsgüter	<b>-2,8</b>	<b>-5,3</b>	<b>-3,9</b>	<b>-4,7</b>	1,2	<b>-6,9</b>
Energie	<b>-12,9</b>	<b>-35,4</b>	<b>-12,9</b>	<b>-33,7</b>	<b>-13,0</b>	<b>-47,6</b>
Jeweilige Region insgesamt	<b>-13,9</b>	<b>-18,9</b>	<b>-12,6</b>	<b>-17,5</b>	<b>-16,8</b>	<b>-20,5</b>

1) Einschließlich Berlin Quelle: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

Tabelle 4 zeigt bis auf eine Ausnahme durchweg rote Zahlen in Ost und West, wobei die Einbrüche im Westen in allen Zweigen und Umsatzbereichen tiefer als im Osten waren. Insgesamt brach der Umsatz 2009 in den neuen Ländern (einschl. Berlin) um **-14** v. H. ein, im früheren Bundesgebiet aber um **-19** v. H. Noch größer ist die Differenz bei den Exporten: sie stürzten im Osten um **-17** v. H. im Westen jedoch um **-21** v. H. (Tabelle 4)

Während generell die Kriseneinbrüche im Osten etwas geringer ausfielen als im Westen, haben die überdurchschnittlichen Rückgänge in Ost und West überwiegend die gleichen Hauptgruppen getroffen, siehe Tabelle 5. Weit über dem Durchschnitt der jeweiligen Region gingen die >Tätigen Personen<, die >Entgelte< und auch die >Umsätze<, einschließlich Exporte, im Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten zurück. Hier schlägt sich die in allen Hauptgruppen rückläufige Nachfrage nach Rohstoffen und Materialien nieder. Das Gleiche gilt für den Energiebedarf, auch er sank in Ost und West überdurchschnittlich, besonders drastisch im früheren Bundesgebiet. Überdurchschnittlich in beiden deutschen Regionen brachen die Umsätze, insbesondere die Exporte, bei den Investitionsgütern ein; ein Bereich der stark zyklisch reagiert, weil eben investitionsabhängig. Dagegen reagierten die Verbrauchsgüter mit wesentlich geringeren Umsatzrückgängen; sicher auch beeinflusst von der generell schwachen Elastizität der Nachfrage der breiten Masse von Konsumenten, vor allem im Osten; hier betrug der Rückgang knapp drei Prozent, siehe Tabellen 4 u 5.

**Tabelle 5 Hauptgruppen mit überdurchschnittlichen Kriseneinbrüchen 2009 (baue Zahlen)**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr, v. H.

Industrie nach Hauptgruppen	Betriebe		Tätige Personen		Entgelte	
	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD
Vorleistungsgüter	2,1	<b>-0,1</b>	<b>-5,2</b>	<b>-5,8</b>	<b>-7,7</b>	<b>-7,1</b>
Investitionsgüter	<b>3,7</b>	<b>-0,1</b>	<b>-3,1</b>	<b>-4,1</b>	<b>-3,2</b>	<b>-6,4</b>
Gebrauchsgüter	<b>-0,4</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,9</b>	<b>-7,4</b>	<b>-8,4</b>	<b>-9,0</b>
Verbrauchsgüter	2,2	<b>-1,7</b>	1,6	<b>-3,2</b>	2,4	<b>-2,9</b>
Energie	-	<b>-1,7</b>	0,5	<b>-5,7</b>	2,8	1,0
Jeweilige Region insgesamt	2,5	<b>-0,5</b>	<b>-3,0</b>	<b>-4,7</b>	<b>-4,2</b>	<b>-6,2</b>
Noch Industrie nach Hauptgruppen	Umsatz		Inlandsumsatz		Auslandsumsatz	
	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD	OD <sup>1</sup>	WD
Vorleistungsgüter	<b>-19,3</b>	<b>-21,2</b>	<b>-18,4</b>	<b>-21,0</b>	<b>-21,2</b>	<b>-21,6</b>
Investitionsgüter	<b>-15,9</b>	<b>-19,1</b>	<b>-13,0</b>	<b>-16,3</b>	<b>-19,8</b>	<b>-21,1</b>
Gebrauchsgüter	<b>-12,2</b>	<b>-14,8</b>	<b>-10,7</b>	<b>-10,9</b>	<b>-15,1</b>	<b>-21,1</b>
Verbrauchsgüter	<b>-2,8</b>	<b>-5,3</b>	<b>-3,9</b>	<b>-4,7</b>	1,2	<b>-6,9</b>
Energie	<b>-12,9</b>	<b>-35,4</b>	<b>-12,9</b>	<b>-33,7</b>	<b>-13,0</b>	<b>-47,6</b>
Jeweilige Region insgesamt	<b>-13,9</b>	<b>-18,9</b>	<b>-12,6</b>	<b>-17,5</b>	<b>-16,8</b>	<b>-20,5</b>

1) Einschließlich Berlin

Quelle: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

Die zyklische Krise warf die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands auf das Niveau von 2005 zurück, siehe Tabelle 6. Bei einer künftigen Wachstumsrate von fünf v. H. jährlich sind 3,3 Jahre erforderlich, um wieder auf das Niveau von 2008 zu kommen, bei einem Zuwachs von nur drei v. H. jährlich, dauerte es fünfeinhalb Jahre. Bei dem ohnehin immer noch sehr geringen Industrialisierungsgrad im Osten ein herber Rückschlag. Im Jahre 2009 hatte das Verarbeitende Gewerbe im Osten einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen BWS von 16,3 v. H., im Westen aber von 20,2 v. H.<sup>11</sup> Der zyklische Einbruch verändert jedoch die Industrielücke zum früheren Bundesgebiet nicht nachhaltig; denn auch dort sind das Produktionsvolumen und das Umsatzniveau um Jahre zurückgefallen und die Aufholgeschwindigkeit hängt, wie im Osten, von den künftigen gesamtdeutschen und globalen Wachstumsbedingungen ab.

<sup>11</sup> BMWi, >Wirtschaftsdaten Neue Länder<, Berlin Mai 2010, S. 5

**Tabelle 6 Einbruch der Bruttowertschöpfung (BWS) in Ostdeutschland (ohne Berlin)**

Index 2001 = 100

BWS	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Index 2001 = 100							
BWS insgesamt	101,4	102,2	104,4	104,9	108,3	110,9	112,2	107,5
Verarb. Gew.	102,5	107,3	116,3	123,8	136,0	144,1	146,8	124,8

Berechnet nach: IWH, Wirtschaft im Wandel, Nr. 7 / 2010, S. 326

**Tabelle 7 Umsatzstruktur und Exportquoten nach Hauptgruppen, 2009**

Hauptgruppen	Umsatz		Exportquote <sup>1)</sup>	
	OD <sup>2)</sup>	WD	OD <sup>2)</sup>	WD
	Region insg. = 100		Anteil am Umsatz, v. H.	
Jeweilige Region insgesamt	100,00	100,00	30,81	43,89
Vorleistungsgüter	36,87	38,64	32,28	42,29
Investitionsgüter	29,16	38,10	40,26	55,63
Gebrauchsgüter	2,50	2,68	33,10	35,73
Verbrauchsgüter	26,33	19,12	22,37	27,37
Energie	5,14	1,47	8,79	9,95

1) Anteil der Exporte am Umsatz, v. H. 2) Neue Länder und Berlin

Quelle: Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

Tabelle 7 zeigt einige Hauptursachen für den im Osten milderen Verlauf der zyklischen Krise. Die am stärksten zyklisch reagierenden Hauptgruppen, die Vorleistungs- und die Investitionsgüter, haben im Westen einen wesentlich höheren Anteil am gesamtindustriellen Umsatz als im Osten und sie sind auch bedeutend exportintensiver, auch deshalb krisenanfälliger. Die Verbrauchsgüterproduzenten sind dagegen weniger von zyklischen Einbrüchen betroffen. Aber gerade diese Hauptgruppe hat in den neuen Ländern (einschl. Berlin) ein wesentlich größeres Gewicht als im Westen, sie wirkte folglich krisendämpfend, ebenso wie das schwache Gewicht der stark zyklusabhängigen Gruppen sowie die weitaus geringere Exportintensität der ostdeutschen Industrie. Im Krisenjahr 2009 entfielen vom gesamtdeutschen Auslandsumsatz der Industrie nur 8,5 v. H. auf Ostdeutschland (einschl. Berlin) bei einem Anteil am Gesamtumsatz von 11,6 v. H.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1 2009, online Tabellen

**Tabelle 8 Einbrüche bei Tätigen Personen und Entgelte in ausgewählten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland, 2009**

Überdurchschnittliche Rückgänge = **blaue** Zahlen

Ausgewählte Zweige	Tätige Personen <sup>1</sup>		Entgelte <sup>2</sup>	
	Verändg. geg. d. Vorjahr, v. H.			
	OD <sup>6</sup>	WD	OD <sup>6</sup>	WD
Verarbeitendes Gewerbe (V.G.) insgesamt	<b>-3,1</b>	<b>-4,7</b>	<b>-4,3</b>	<b>-6,3</b>
Ausgewählte FuE-intensive Zweige				
Darunter:				
H. v. chemischen Erzeugnissen	<b>-3,8</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,3</b>	<b>-0,7</b>
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1,5	<b>-9,6</b>	<b>-0,8</b>	<b>-6,8</b>
H.v. Kunststoffwaren	<b>-5,1</b>	<b>-5,4</b>	<b>-4,4</b>	<b>-5,4</b>
Maschinenbau	<b>-5,3</b>	<b>-5,1</b>	<b>-6,2</b>	<b>-8,3</b>
H.v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	<b>-4,8</b>	<b>-7,8</b>	-	<b>-7,9</b>
H.v. elektronischen Bauelementen u. Leiterplatten	<b>-8,6</b>	-	-	-
H.v. Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten, H.v. Uhren	<b>-1,5</b>	<b>-5,5</b>	<b>-0,8</b>	<b>-6,2</b>
H.v. elektrischen Ausrüstungen	<b>-5,8</b>	<b>-5,6</b>	<b>-4,2</b>	<b>-6,0</b>
H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	<b>-5,1</b>	<b>-5,2</b>	<b>-7,4</b>	<b>-9,3</b>
Sonstiger Fahrzeugbau <sup>4</sup>	-	<b>-0,1</b>	<b>-7,8</b>	6,5
	<b>14,5</b>			
Ausgewählte nicht FuE-intensive Zweige				
darunter:				
Nahrungs- und Futtermittel	2,6	0,9	3,5	2,0
Getränkeherstellung	<b>-1,2</b>	<b>-2,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>-1,6</b>
H.v. Textilien	-	<b>-9,9</b>	-	-
	<b>12,6</b>	<b>10,8</b>	<b>10,3</b>	<b>10,3</b>
H. v. Bekleidung	<b>-5,1</b>	<b>-7,1</b>	<b>-6,2</b>	<b>-8,0</b>
H.v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	<b>-4,1</b>	<b>-4,9</b>	<b>-6,6</b>	<b>-6,3</b>
H.v. Papier, Pappe u. Waren daraus	<b>-2,0</b>	<b>-3,7</b>	<b>-8,5</b>	<b>-3,2</b>
H.v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung v. bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	6,3	<b>-7,2</b>	13,2	<b>-6,8</b>
H.v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden	<b>-4,6</b>	<b>-5,5</b>	<b>-5,2</b>	<b>-5,2</b>
H.v. Gummiwaren	<b>-9,2</b>	<b>-6,0</b>	-	<b>-6,8</b>
			<b>11,6</b>	
Metallerzeugung u. -bearbeitung	<b>-4,3</b>	<b>-7,2</b>	<b>-9,7</b>	-
				<b>12,5</b>
H.v. Metallerzeugnissen	<b>-2,9</b>	<b>-7,0</b>	<b>-5,3</b>	-
				<b>10,1</b>
H.v. Möbeln	<b>-0,3</b>	<b>-5,3</b>	<b>-3,5</b>	<b>-5,9</b>
H.v. sonst. Waren <sup>5</sup>	2,9	<b>-4,5</b>	3,2	<b>-4,9</b>

Quelle: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen



### **3.2. Zyklische Krise traf FuE-intensive Zweige härter**

Im Folgenden werden die Krisenauswirkungen auf ausgewählte Industriezweige in Ost und West betrachtet. Sie wurden in zwei Gruppen zusammengefasst: >FuE-intensive< und >Nicht FuE-intensive< Zweige. Diese Gliederung der Zweige offenbart zugleich entscheidende strukturelle Unterschiede zwischen den neuen Ländern (einschl. Berlin) und dem früheren Bundesgebiet, die sich auch unterschiedlich auf die Kriseneinbrüche auswirkten. Die in den Tabellen 8 und 9 erfassten FuE-intensiven Zweige erzeugten 2009 im Westen 59 v. H. des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe, im Osten dagegen nur 46 v. H.<sup>13</sup>

Werden die jeweiligen Gewichte der >nicht FuE-intensiven Zweige< miteinander verglichen, so kehrt sich das Verhältnis um: Diese Gruppe von ausgewählten Zweigen hatte 2009 einen Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes im Osten von 43 v. H. im Westen dagegen nur von 33 v. H. Zu vermuten ist nun, dass die zyklischen Einbrüche die FuE-intensiven Zweige härter treffen als die nicht FuE-intensiven, weil erstere vorwiegend stark krisenanfällige Investitionsgüter und technikintensive, relativ teure, Konsumgüter herstellen, bzw. als Zulieferer für solche Erzeugnisse fungieren.

Wie die Tabellen zeigen, ist dies eingetreten und zugleich eine weitere Ursache für den relativ milderen Verlauf der Krise in den neuen Ländern; denn die Branchen für konventionelle Ge- und Verbrauchsgüter erwiesen sich als weniger krisenanfällig.

---

<sup>13</sup> Quelle: Ebenda

**Tabelle 9 Umsatz- und Exporteinbrüche in ausgewählten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Ost- und Westdeutschland, 2009**

Überdurchschnittliche Rückgänge = **blaue Zahlen**

Ausgewählte Zweige	Umsatz <sup>2</sup>		Export <sup>2</sup>	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr, v. H.			
	OD <sup>6</sup>	WD	OD <sup>6</sup>	WD
Verarbeitendes Gewerbe (V.G.) insgesamt	<b>-14,1</b>	<b>-18,8</b>	<b>-17,0</b>	<b>-20,5</b>
Ausgewählte FuE-intensive Zweige				
darunter:				
H.v. chemischen Erzeugnissen	<b>-18,5</b>	<b>-17,6</b>	<b>-17,5</b>	<b>-17,6</b>
H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen	8,5	<b>-5,0</b>	10,2	<b>-4,6</b>
H.v. Kunststoffwaren	<b>-12,5</b>	<b>-14,5</b>	<b>-15,1</b>	<b>-17,1</b>
Maschinenbau	<b>-18,0</b>	<b>-23,6</b>	<b>-16,5</b>	<b>-23,8</b>
H.v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	<b>-19,4</b>	<b>-23,2</b>	<b>-31,4</b>	<b>-27,1</b>
H.v. elektronischen Bauelementen u. Leiterplatten	<b>-17,5</b>	<b>-28,4</b>	<b>-36,9</b>	<b>-34,9</b>
H.v. Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumenten, H.v. Uhren	<b>-10,9</b>	<b>-25,6</b>	<b>-14,6</b>	<b>-28,5</b>
H.v. elektrischen Ausrüstungen	<b>-20,4</b>	<b>-18,0</b>	<b>-6,7</b>	<b>-16,4</b>
H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	<b>-17,6</b>	<b>-20,7</b>	<b>-26,5</b>	<b>-23,9</b>
Sonstiger Fahrzeugbau <sup>4</sup>	<b>-19,2</b>	7,6	<b>-16,2</b>	2,7
Ausgewählte nicht FuE-intensive Zweige				
darunter:				
Nahrungs- und Futtermittel	<b>-9,8</b>	<b>-4,8</b>	<b>-7,0</b>	<b>-4,5</b>
Getränkeherstellung	<b>-2,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>-17,8</b>	4,4
H.v. Textilien	<b>-13,9</b>	<b>-17,1</b>	<b>-18,9</b>	<b>-17,9</b>
H. v. Bekleidung	<b>-10,2</b>	<b>-12,6</b>	<b>-21,0</b>	<b>-15,1</b>
H.v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	<b>-13,3</b>	<b>-11,9</b>	<b>-13,9</b>	<b>-16,8</b>
H.v. Papier, Pappe u. Waren daraus	<b>-8,7</b>	<b>-10,8</b>	<b>-10,6</b>	<b>-12,3</b>
H.v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung v. bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	8,0	<b>-8,7</b>	<b>-1,9</b>	<b>-9,5</b>
H.v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden	<b>-10,7</b>	<b>-10,4</b>	<b>-23,4</b>	<b>-17,3</b>
H.v. Gummiwaren	<b>-10,5</b>	<b>-14,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-14,7</b>
Metallerzeugung u. -bearbeitung	<b>-36,1</b>	<b>-34,4</b>	<b>-35,3</b>	<b>-33,7</b>
H.v. Metallerzeugnissen	<b>-16,3</b>	<b>-23,0</b>	<b>-15,2</b>	<b>-25,1</b>
H.v. Möbeln	<b>-11,1</b>	<b>-11,9</b>	<b>-17,3</b>	<b>-14,9</b>
H.v. sonst. Waren <sup>5</sup>	<b>-1,5</b>	<b>-10,0</b>	<b>-7,6</b>	<b>-12,2</b>

Quelle: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

In den Tabellen 8 und 9 sind die beiden Gruppen mit den Ergebnissen für: >Tätige Personen<, >Entgelte<, >Umsatz< und >Exporte< im Krisenjahr 2009 dargestellt. Um die unterschiedliche Wirkung der Krise zu erfassen, wurde in beiden Gruppen das Gewicht derjenigen Zweige ermittelt, die überdurchschnittliche Einbrüche in den vier von der Statistik erfassten Ergebnisse erlitten. Im Folgenden beschränken wir uns jedoch auf den Umsatz und die Exporte, weil sie für jeden der erfassten Zweige eindeutige Kennziffern für die Krisenwirkung sind. Die Da-

ten für die >Tätigen Personen< und >Entgelte< verbergen zweigspezifische Besonderheiten wie z.B. Anteile von Leiharbeit, unterschiedliche Nutzung von Kurzarbeit, regionale und branchenspezifische Lohn- und Gehaltsdifferenzierung u. a.

Mit den in den vorstehenden Tabellen aufgeführten Zweigen wurden 90 v. H. (im Osten) bzw. 92 v. H. (im Westen) des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe erfasst und jeweils 96 v. H. der Exporte in jeder der beiden Regionen.<sup>14</sup> Wird nun das Gewicht der Zweige mit überdurchschnittlichen Kriseneinbrüchen ermittelt, ergibt sich folgendes Bild:

**Tabelle 10 Ausgewählte Industriezweige mit überdurchschnittlichen Umsatzeinbrüchen, 2009**

Ausgewählte Zweige	Zahl der Zweige		Gewicht der Zweige <sup>1</sup>	
			Umsatz d. V. G. = 100	
	OD <sup>2</sup>	WD	OD <sup>2</sup>	WD
FuE-Intensive Zweige	7	5	31,5	37,9
Nicht FuE-intensive Zweige	2	2	11,5	11,3

1) Anteil der Zweige am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes (V. G.) insgesamt, v. H. 2) Einschließlich Berlin

Quelle: Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

Tabelle 10 bestätigt für die Umsatzentwicklung was oben vermutet wurde: In den FuE-intensiven Zweigen ist die Zahl derjenigen mit überdurchschnittlichen Kriseneinbrüchen und erst recht deren Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes weit größer als im Bereich der nicht FuE-intensiven.

<sup>14</sup> Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

**Tabelle 11 Ausgewählte Industriezweige mit überdurchschnittlichen Exporteinbrüchen, 2009**

Ausgewählte Zweige	Zahl der Zweige		Gewicht der Zweige <sup>1</sup> Export d. V. G. = 100	
	OD <sup>2</sup>	WD	OD <sup>2</sup>	WD
FuE-Intensive Zweige	3	4	34,2	38,5
Nicht FuE-intensive Zweige	4	2	9,4	8,9

1) Anteil der Zweige am Export des Verarbeitenden Gewerbes (V. G.) insgesamt, v. H. 2) Einschließlich Berlin

Quelle: Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

Das gleiche Bild zeigen auch die Exporteinbrüche. Zwar gab es in den Neuen Ländern mehr betroffene >nicht FuE-intensive Zweige< aber das Gewicht der >FuE-intensiven< überstieg wesentlich das der zweiten Gruppe. Für das frühere Bundesgebiet signalisieren alle Daten der Tabelle 11: die Exporteinbrüche in den FuE-intensiven Branchen waren bedeutend größer als in den Zweigen mit vorwiegend konventionellen Erzeugnissen.

Mithin ergibt sich: die Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft, ihr gegenüber dem Westen generell beträchtlich niedrigerer Industrialisierungsgrad, verbunden mit den Strukturdefiziten, zu wenige FuE- und exportintensive Zweige, haben dämpfend auf die Kriseneinbrüche 2009 gewirkt.

### 3.3. Tiefe zyklische Kriseneinbrüche in allen Bundesländern

Die Kriseneinbrüche nach Bundesländern bieten keine besonderen Einblicke<sup>15</sup>, sie bestätigen das zu vermutende Bild:

- Tabelle 12 offenbart zunächst den transformationsbedingten Grad der Deindustrialisierung in den neuen Ländern (ohne Berlin), gerade einmal 10 v. H. des Umsatzes und 7 v. H. der Exporte des Krisenjahres 2009 kamen aus den dort angesiedelten Industriebetrieben. Mitte 2009 lebten rund 16 v. H. der deutschen Einwohner in den neuen Ländern und vier v. H. in Berlin.
- Die zyklische Krise von 2009 führte zu tiefen Umsatz- und Exporteinbrüchen durchweg in allen Bundesländern ohne Ausnahme.
- Überdurchschnittliche Umsatzeinbrüche konzentrierten sich ausschließlich in den alten Bundesländern. In dieser Region ist die Differenzierung der Kriseneinbrüche mithin größer als in den neuen Ländern.

<sup>15</sup> Eine Analyse der Ursachen für die differenzierte Entwicklung zwischen den Bundesländern erforderte eine detaillierte Betrachtung der unterschiedlichen Zweigstrukturen in den einzelnen Ländern, die hier nicht zu leisten ist.

- Die Exporte brachen in fast allen Bundesländern tiefer ein als die Umsätze. In Sachsen-Anhalt und Thüringen kam es zu überdurchschnittlichen Exportausfällen.

**Tabelle 12 Betriebe im Verarb. Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, 2009** (Überdurchschnittliche Einbrüche = **blaue** Zahlen)

Länder	Umsatz	Export	Umsatz	Export
	Verändg. geg. d. Vorjahr		D = 100 <sup>1</sup>	
Baden-Württemberg	<b>-20,4</b>	<b>-23,0</b>	16,98	18,85
Bayern	<b>-14,5</b>	<b>-14,7</b>	19,88	22,88
Bremen	<b>-16,1</b>	<b>-20,8</b>	1,26	1,43
Hamburg	<b>-30,4</b>	<b>-19,4</b>	3,88	2,58
Hessen	<b>-13,2</b>	<b>-14,6</b>	6,40	7,12
Niedersachsen	<b>-18,4</b>	<b>-26,1</b>	11,13	10,21
Nordrhein-Westfalen	<b>-21,1</b>	<b>-23,7</b>	20,35	20,36
Rheinland-Pfalz	<b>-19,2</b>	<b>-21,9</b>	4,84	5,32
Saarland	<b>-24,5</b>	<b>-24,2</b>	1,49	1,66
Schleswig-Holstein	<b>-12,4</b>	<b>-8,9</b>	2,16	2,13
Früheres Bundesgebiet	.	.	88,36	91,53
Brandenburg	<b>-9,0</b>	<b>-13,8</b>	1,47	0,79
Mecklbg.-Vorpommern	<b>-15,3</b>	<b>-13,4</b>	0,83	0,50
Sachsen	<b>-15,2</b>	<b>-18,6</b>	3,52	2,74
Sachsen-Anhalt	<b>-16,4</b>	<b>-22,6</b>	2,35	1,46
Thüringen	<b>-16,3</b>	<b>-23,2</b>	1,83	1,22
Neue Länder	.	.	9,99	6,72
Berlin	<b>-7,9</b>	<b>-4,9</b>	1,65	1,75
Deutschland insgesamt	<b>-18,3</b>	<b>-20,2</b>	100,00	100,00

1) Anteil (Gewicht) des jeweiligen Landes am (im) gesamtdeutschen Umsatz, bzw. gesamtdeutschen Export, v. H.

Quelle: Berechnet nach: StBA Wiesbaden, FS. 4.1.1, 2009, online Tabellen

#### **4. Zyklische Krise verschärft die sozialökonomischen Defizite Ostdeutschlands**

Die oben getroffene Einschätzung, dass die zyklische Krise von 2009 im Osten milder verlief als im Westen, gilt nur für deren Wirkung auf die Unternehmen, auf deren Umsätze und Profite, nicht jedoch für die Auswirkungen auf die Beschäftigten. Das ergibt sich aus den Folgen der Transformation, insbesondere der Deindustrialisierung Ostdeutschlands sowie der noch immer beträchtlichen Produktivitäts- und Einkommenslücke die zwischen den beiden deutschen Regionen besteht. Tabelle 13 verdeutlicht das. Im Krisenjahr 2009 betrug das ostdeutsche (einschl. Berlin) Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nur 73 v. H. des Westniveaus. Das BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) 81 v. H. und schließlich die Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer 83 v. H. der Bruttoverdienste von Beschäftigtem im früheren Bundesgebiet. Bei einem Anteil von 20 v. H. an der deutschen Wohnbevölkerung wurden in den neuen Ländern (einschl. Berlin) 2009 nur 15,5 v. H. des gesamtdeutschen BIP erzeugt und dort auch nur 18 v. H. der gesamtdeutschen Arbeitnehmer beschäftigt, aber 32 v. H. der deutschen Arbeitslosen lebten 2009 im Osten. (Alle Daten aus Tabelle 13)

Bei derartigen Einkommens- und Beschäftigungsunterschieden schneiden krisenbedingte Lohn- und Gehaltseinbußen oder gar Entlassungen natürlich wesentlich schärfer in die Lebensbedingungen der betroffenen ostdeutschen Personen ein, als bei ihren Leidensgefährten im Westen. Die gegenüber dem früheren Bundesgebiet bedeutend höhere Arbeitslosigkeit, der weitaus niedrigere Industrialisierungsgrad und die chronische Finanznot der Länder und Kommunen, beschränken erheblich die Beschäftigungsmöglichkeiten und auch die Chancen der Gewerkschaften, im gegenwärtigen Aufschwung bessere Einkommen und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Zu diesen sozialen Auswirkungen der Krise aber verliert die gegenwärtige Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht kein Wort. Stattdessen wiederholt sie die bereits in den vorangegangenen Berichten angestimmten Loblieder auf die Erfolge seit dem Anschluss Ostdeutschlands an die BRD und prophezeit nebulös, weitere Fortschritte bis 2019.

**Tabelle 13 Ausgewählte Daten im Ost- Westvergleich**

		alte Länder <sup>2)</sup>		neue Länder <sup>2)</sup>		Verhältnis neue zu alten Ländern <sup>2)</sup> in %		Anteil neue Länder <sup>2)</sup> an Deutschland insgesamt in %	
		1991	2009	1991	2009	1991	2009	1991	2009
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen <sup>1)</sup>	Mrd. Euro	1.364,0	2.034,7	170,6	372,5	.	.	11,1	15,5
Wohnbevölkerung <sup>3)</sup>	Tsd.	61.914	65.456	18.071	16.406	.	.	22,6	20,0
Erwerbstätige (Inland) <sup>1)</sup>	Tsd.	30.153	32.847	8.468	7.418	.	.	21,9	18,4
Arbeitnehmer (Inland) <sup>1)</sup>	Tsd.	27.098	29.293	8.003	6.560	.	.	22,8	18,3
Arbeitslose <sup>4)</sup>	Tsd.	1.594	2.320	1.023	1.103	.	.	39,1	32,2
BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen	Euro	22.030	31.086	9.442	22.702	42,9	73,0	.	.
BIP je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen	Euro	45.235	61.947	20.150	50.208	44,5	81,0	.	.
BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen <sup>5)</sup>	EURO	37,11	44,91	25,26	34,99	68,1	77,9	.	.
BWS je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen <sup>5)</sup>	EURO	33,44	40,12	22,81	31,26	68,2	77,9	.	.
BIP je Einwohner (preisbereinigt, verkettet)	2000=100	92,3	103,6	66,5	111,9	.	.	.	.
BIP je Erwerbstätigen (preisbereinigt, verkettet) -Produktivität-	2000=100	92,4	100,7	61,4	107,1	.	.	.	.
BIP je Erwerbstätigenstunde (preisbereinigt, verkettet) <sup>6)</sup>	2000=100	96,7	105,9	94,4	117,0	.	.	.	.
Arbeitnehmerentgelt <sup>1)</sup>	Mrd. Euro	723,5	1.032,0	121,5	191,9	.	.	14,4	15,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Euro	26.698	35.229	15.185	29.257	56,9	83,0	.	.
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde <sup>1)8)</sup>	Euro	22,84	27,13	16,65	21,57	72,9	79,5	.	.
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde <sup>1)8)</sup>	2000=100	95,4	113,8	94,1	122,2	.	.	.	.
Bruttolöhne und Gehälter <sup>1)</sup>	Mrd. Euro	589,7	835,7	101,4	155,5	.	.	14,7	15,7
Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Euro	21.763	28.530	12.676	23.708	58,2	83,1	.	.
Brutto-Anlageinvestitionen je Einwohner <sup>5)</sup>	Euro	4.800	5.800	3.300	4.500	69	77	.	.
Kapitalstock je Erwerbstätigen <sup>2)6)</sup>	Euro	241.000	299.000	110.000	253.000	46	85	.	.
Kapitalstock je Einwohner <sup>2)6)</sup>	Euro	114.000	145.000	51.000	111.000	45	77	.	.
Lohnstückkosten <sup>17)8)</sup>	%	68,30	67,62	72,99	69,00	neue Länder über alte Länder in % 6,9	2,0	.	.

<sup>1)</sup> Basis ESVG 1995, Berechnungsstand Februar 2010

<sup>2)</sup> Neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin.

<sup>3)</sup> 1991: Jahresdurchschnitt; 2009: Jahresmitte

<sup>4)</sup> Jahresdurchschnitt; neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin

<sup>5)</sup> Ausgangszahlen für 1991 und 2007: Arbeitskreis VGRdL (Berechnungsstand August 2009), Herleitung der Kennzahl eig. Berechnung

Anlageinvestitionen -> neue Bauten sowie neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen (in jeweiligen Preisen) Neue Länder: mit Berlin; alte Länder: ohne Berlin

<sup>6)</sup> 1991, 2006

<sup>7)</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde in Relation zur Bruttowertschöpfung (BWS) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

<sup>8)</sup> 1998 und 2009

Quellen: Arbeitskreise "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" und "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"; Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt, Kennzahlen und Relationen; eigene Berechnungen

Quelle: Kopie aus: BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer, Berlin, Juli 2010, S. 3

*„Fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Prozess der wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost und West weit vorangeschritten. Insgesamt zeigt sich, dass die Chance besteht, die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder bis zum Jahr 2019 an die vergleichbarer westdeutscher Länder heranzuführen. Dieser Prozess der Angleichung wird von der Bundesregierung auch künftig unterstützt und gefördert. Davon unberührt bleibt das grundsätzliche Ziel der Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.“<sup>16</sup>*

<sup>16</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Jahreswirtschaftsbericht 2010, Berlin, S. 21

## 5. Wie weiter im Ost-West-Angleichungsprozess?

Es war die Schwarz-Rote-Regierung, die 2009 den Befreiungsschlag ersann, indem sie in ihrem Wirtschaftsbericht die offensichtlich illusorische Behauptung, bis 2019, der geplanten Einstellung von besonderen Fördermaßnahmen für die neuen Länder, deren Produktivitäts- und Einkommensniveau an den Durchschnitt der alten Bundesländer anzugleichen, durch die Formel ersetzte:

*„Wenn es gelingt, bis zum Jahr 2019 die ostdeutschen Länder auch wirtschaftlich an die strukturschwächeren westdeutschen Länder heranzuführen, wäre dies bereits ein großer Erfolg. Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Bürger in Ost und West ist dieses Ziel erreichbar.“<sup>17</sup>*

Eine solche Festlegung erscheint der Schwarz-Gelben-Regierung nun ebenfalls problematisch und wird deshalb weiter vernebelt: Die ostdeutsche „Wirtschaftskraft“ solle zum selben Zeitpunkt an die „vergleichbarer“ westdeutscher Länder „herangeführt“ werden. Es gibt aber keine vergleichbaren westlichen Bundesländer, die Entwicklung und Situation der ostdeutschen ist singulär.<sup>18</sup> Zudem bleibt offen, wie weit sie >herangeführt< werden sollen und was unter >Wirtschaftskraft< zu verstehen ist? Es gibt auch keine Strategie für ein solches Ziel; denn die bisherigen Fördermaßnahmen, die fortgeführt werden sollen, sind dafür völlig unzureichend. Nachfolgend werden einige wesentliche Defizite der ostdeutschen Wirtschaft skizziert, um das erforderliche quantitative und qualitative Ausmaß der Angleichung an das Westniveau deutlich zu machen.<sup>19</sup>

### 5.1 Die Strukturdefizite der ostdeutschen Industrie

Wollte die Bundesregierung ernsthaft eine Angleichung der ostdeutschen >Wirtschaftskraft< an das Westniveau anstreben, müsste sie vor allem die Industrialisierung Ostdeutschlands vorantreiben.<sup>20</sup> Die Industrie ist nach wie vor der Motor für Produktivitäts- und Einkommenszuwächse, ihre Leistungsfähigkeit strahlt auf

---

<sup>17</sup> 21 Siehe: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, 2003, s. 20 f.

<sup>22</sup> Ebenda, vom 10. Juni 2009, S. 7

<sup>18</sup> Sie haben zwei schroffe Veränderungen des Wirtschaftssystems in der Nachkriegszeit erfahren, die tiefe, nachhaltige Spuren hinterließen, was keinem westlichen Bundesland widerfuhr.

<sup>19</sup> Im >Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2010<, Berlin, 22.09.2010, S. 33 f. heißt es nun wieder, dass bis 2019 für die neuen Länder ein „weitgehendes Aufschließen zu den strukturschwächeren [westdeutschen] Ländern durchaus möglich“ sei. Zugleich wird diese wage Aussage weiter relativiert, indem die ostdeutschen Strukturschwächen als normale Erscheinung der „unterschiedlichen Profile und Stärken“ zwischen den deutschen Regionen insgesamt definiert werden. Die wahre Ursache für die ungenügende Wirtschaftskraft Ostdeutschlands, die Fehlleistung der Transformationspolitik wird ignoriert.

<sup>20</sup> Es gibt gewichtige Hinweise darauf, dass die Bundesregierung, einschließlich auch der Vorläufer der gegenwärtigen Schwarz-Gelben, dieses Ziel längst aufgegeben haben, es nur noch folgenlos in >Sonntagsreden< strapazieren. Vergleiche hierzu: R. Kowalski, >Die Industrie in Ostdeutschland<, S. 51 ff., veröffentlicht auf der website der MEMO-Gruppe



fast alle anderen Wirtschaftsbereiche stimulierend aus. Eine international konkurrenzfähige Industrie verleiht, mittels ihrer Exportintensität, auch ihrem Standort eine weitgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit, er wäre nicht, wie gegenwärtig die neuen Länder, auf hohe und dauerhafte externe Zuschüsse angewiesen.<sup>21</sup>

**Tabelle 14 Umsatzlücke zwischen der ost- und westdeutschen Industrie, 2008**

Hauptgruppen	Umsatz je Einwohner, €		
	OD <sup>0</sup>	WD	OD <sup>0</sup> Lücke zu WD <sup>1</sup>
	Euro		Faktor <sup>1</sup>
Vorleistungsgüter	4.583,46	7.851,25	1,71
Investitionsgüter	3.384,63	9.989,99	2,95
Gebrauchsgüter	325,77	704,90	2,16
Verbrauchsgüter	2.909,30	3.540,19	1,22
Energieproduzenten	579,08	1.406,79	2,43
Hauptgruppen insgesamt	11.782	23.493,12	1,99

0) Neue Länder einschließlich Berlin 1) Um diese Faktoren hätte der 2008 in der jeweiligen Hauptgruppe erreichte nominale ostdeutsche Umsatz steigen müssen, um auf das spezifische Westniveau desselben Jahres zu kommen.

Quelle: Berechnet nach St.B.A., FS. 4.1.1. 2009, online Tabellen, BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer, Berlin Juli 2010, S. 2

Um die noch immer existierende Lücke zwischen der ost- und westdeutschen industriellen Leistungskraft zu verdeutlichen, wurde in Tabelle 14 für beide deutsche Regionen der jeweilige Umsatz je Einwohner ermittelt. Im Jahre 2008, dem Höhepunkt vor der Krise 2009<sup>22</sup>, hatte er sich in der Industrie insgesamt (alle Hauptgruppen) auf die Hälfte des Westniveaus angenähert. D. h., um das Durchschnittsniveau der alten Bundesländer zu erreichen, hätte 2008 der ostdeutsche industrielle Umsatz doppelt höher als der tatsächlich erzielte liegen müssen. Hier erwachen schon Zweifel, ob dies eine realistische Zielstellung wäre; denn: Wo sind die Erzeugnisse und Märkte für eine derartige Expansion? Aber weiter: Mit welchem Tempo müsste die ostdeutsche Industrie bis 2019 wachsen, um dann mit dem bis dahin im Westen erreichten Umsatzniveau gleich zu ziehen? Wird

<sup>21</sup> Obwohl das alles noch zutrifft, ist jedoch zu beachten, dass sich das Gewicht der Industrie in der Gesamtwirtschaft kontinuierlich vermindert. In den kap. Industriestaaten vollzieht sich ein Strukturwandel mit neuen Herausforderungen, die z. Z. noch nicht abzusehen sind.

<sup>22</sup> Für diesen Vergleich wurden die Daten für 2008 gewählt, weil sie die inzwischen erreichten Kapazitäten (Leistungskraft) in Ost und West widerspiegeln. In den Zahlen für 2009 ist der reale Anpassungsgrad infolge der zyklischen Einbrüche unterbewertet, weil die real existierenden Kapazitäten nicht ausgelastet waren.

unterstellt, dass in den alten Bundesländern der Industrieumsatz um jährlich zwei v. H. zulegt, müsste er in Ostdeutschland im Durchschnitt bis 2008, also elf Jahre lang, um jeweils 8,6 v. H. anwachsen, eine völlig unrealistische Annahme. Selbst wenn unterstellt wird, dass sich das westliche Umsatzniveau bis 2019 nur mit jährlich 1,5 v. H. entwickelte, sänke die für die neuen Länder erforderliche Rate nur auf 8,1 v. H. In den 13 Jahren von 1996 bis 2008 lag die jährliche Zuwachsrate für die BWS des Verarbeitenden Gewerbes nur in vier Jahren bei acht u. m. v. H.<sup>23</sup>

Aber es geht nicht nur um diese quantitativen Wachstumsraten: Zugleich müsste sich die Struktur der ostdeutschen Industrie qualitativ verändern. Die innovations- und exportintensiven Branchen in der Hauptgruppe >Investitionsgüter< hatten 2008 erst ein Drittel des spezifischen westdeutschen Umsatzes erreicht, siehe Tabelle 14. Wollten sie bis 2019 auf das dann hier mit Raten von 1,5 bis 2 v. H. hochgerechnete Westniveau gelangen, lägen die dafür erforderlichen jährlichen Zuwächse bei 12 u. m. v. H. Aber auch das genügt nicht. Drastisch verändern müsste sich auch die Größenstruktur der Betriebe.

---

<sup>23</sup> Quelle: BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Berlin, Mai 2010, S. 5

**Tabelle 15 Vergleichsdaten zum Gewicht und zur Effektivität der Industrie<sup>0</sup> in Ost- und Westdeutschland nach Größenklassen, 2009**

(Betriebe mit 20 u. m. Tätigen Personen)

Region	Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen						Insgesamt
	1 - 49	50 - 99	100 - 249	250 - 499	500 - 999	1000 u. mehr	
Differenz bzw. Überschuss <sup>2</sup> zum Industriebesatz <sup>3</sup> im früheren Bundesgebiet							
Neue Länder <sup>1</sup>	442	-147	-210	-242	-133	-96	-386
Zahl der Betriebe, D = 100							
Neue Länder <sup>1</sup>	21,57	18,88	17,84	12,62	9,99	7,39	19,36
Umsatz insgesamt = 100							
Früheres Bundesgebiet	10,45	11,56	19,48	15,96	12,88	29,67	100,00
Neue Länder <sup>1</sup>	18,03	18,05	27,91	15,08	9,59	11,34	100,00
Umsatz je tätige Person (Effektivität) insgesamt = 100 <sup>3</sup>							
Früheres Bundesgebiet	61,93	69,57	86,03	95,47	103,61	135,30	100,00
Neue Länder <sup>1</sup>	61,92	72,15	92,92	118,32	134,66	168,61	100,00
Effektivität jeder Größenklasse; Früheres Bundesgebiet = 100							
Neue Länder <sup>1</sup>	87,95	91,22	95,00	109,01	114,32	109,60	87,96

0) Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 u. m. tätigen Personen 1) Einschließlich Berlin 2) Absolute Zahl der Betriebe je Größenklasse und insgesamt, die das westdeutsche Niveau des Industriebesatzes entweder bereits übersteigen oder fehlen, um es zu erreichen. 3) >Industriebesatz< = Zahl der Betriebe je Einwohner 3) Die im Westen tieferen Kriseneinbrüche wirken sich positiv auf die Werte für die neuen Länder aus.

Quelle: Berechnet nach: St.B.A. Wiesbaden, FS. 4.1.2, 2009, online Tabellen, BMWi, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Berlin, Mai 2010, S. 2

Im Krisenjahr 2009 erbrachten Großbetriebe<sup>24</sup> in den alten Ländern rund 43 v. H. des gesamtindustriellen Umsatzes; in den neuen Ländern aber nur 21 v. H., siehe Tabelle 15. Dagegen entfielen auf die unterste Größenklasse im Osten 18 v. H. im Westen nur 10 v. H. des Umsatzes. Das sind eindeutig Folgen der Transformation, ein Ergebnis der >Abwicklung< von Großbetrieben (der DDR-Kombinate) durch die THA. Dadurch wird die Betriebsstruktur in den neuen Ländern von KMU und Kleinstbetrieben dominiert. Wie Tabelle 15 ausweist, liegt in den neuen Ländern in allen Größenklassen, mit Ausnahme der untersten, der Industriebesatz<sup>25</sup> beträchtlich unter dem westdeutschen Niveau. Besonders große Lücken klaffen im Bereich der starken Mittelbetriebe (250 bis 499 Tätige Personen) und der Großbetriebe. Dieser groben Schätzung gemäß, die Verhältnisse von 2009 unterstellt, hätte die Zahl der Großbetriebe mit 1.000 u. m. Tätigen Personen um fast 100 höher liegen müssen, gegenüber den 45, die es tatsächlich gab, um mit dem westdeutschen Industriebesatz in dieser Größenklasse gleich zu ziehen.<sup>26</sup> Wenn auch angenommen werden kann, dass sich die Betriebszahlen bei den KMU, auch bei den starken Mittelbetrieben, bis 2019 erhöhen, weil kleinere Einheiten zu größeren anwachsen, ist es völlig illusorisch zu erwarten, dass in diesem Zeitraum der westdeutsche Industriebesatz erreicht werde und schon gar nicht, dass sich rund 100 neue Betriebe mit 1000 u. m. Tätigen Personen im Osten ansiedeln. (Vergl. Tabelle 15) Das aber hat fatale Folgen für die neuen Länder; denn mit der Betriebsgröße wachsen Produktivität und Einkommen. In den drei oberen Größenklassen liegen die Effektivitätswerte beträchtlich über dem industriellen Durchschnitt, im Gegensatz zu den beiden untersten Klassen, siehe Tabelle 15. Das Gleiche gilt auch für das Lohn- und Gehaltsniveau, auch das wächst mit der Betriebsgröße.<sup>27</sup>

Tabelle 15 offenbart einen weiteren interessanten Einblick in den Ost-West-Industrievergleich. In jeder einzelnen Beschäftigungsgrößenklasse lag 2009 die Effektivität, gemessen am westdeutschen Niveau, über dem Durchschnitt der ostdeutschen Industrie insgesamt. In den drei oberen Größenklassen lag sie sogar über dem westdeutschen Niveau. Es ist folglich die ungünstige Gesamtstruktur der ostdeutschen Industrie, die in erster Linie den Effektivitätsrückstand verursacht, nicht etwa Leistungsschwächen bei den einzelnen Betrieben.<sup>28</sup> Demge-

---

<sup>24</sup> Nach den Richtlinien der EU gelten Betriebe mit 500 u. m. Beschäftigten als Großbetriebe

<sup>25</sup> Industriebesatz = Zahl der Betriebe je Einwohner

<sup>26</sup> Berechnet nach: St.B.A. Wiesbaden, FS.4.1.2, 2009, online Tabellen

<sup>27</sup> Dazu veröffentlicht das St. B.A. Wiesbaden in der FS 4 keine nach Beschäftigungsgrößenklassen gegliederte Zahlen

<sup>28</sup> Dieser Zusammenhang wurde in den Analysen der MEMO-Gruppe wiederholt nachgewiesen.

genüber kommt das IAB in seinem >Betriebspanel Ost< zu einem anderen Schluss: *„Das Hauptproblem ist offensichtlich in erster Linie das in den Betrieben vorhandene zu niedrige Produktivitätsniveau und weniger die wirtschaftlichen Strukturdefizite der ostdeutschen Betriebe.“*<sup>29</sup> Betriebe mit „offensichtlichen“ Produktivitätsschwächen aber könnten sich, nach den Gesetzen der Konkurrenz, nicht im Markt behaupten, sie gingen bankrott.

Der Mangel an starken Mittelbetrieben und vor allem an Großbetrieben wirkt sich auch deshalb negativ auf den Angleichungsprozess aus, weil diese Betriebe überdurchschnittlich innovativ und exportintensiv sind, sie bieten qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit entsprechendem Salär (für Ingenieure, qualifiziertes Betriebs- und kaufmännisches Personal), haben einen stimulierenden Einfluss auf ihren Standort (Zulieferbetriebe, betriebliche und persönliche Dienstleistungen, Einzelhandelsumsätze, Kultur- und Sporteinrichtungen), insbesondere wenn Konzernzentralen angesiedelt sind. Alles dies ist im Osten völlig unzureichend.

Das IWH stellte in einer Einschätzung der >Transformation< fest, bereits Ende der 90er Jahre hätte es in den neuen Ländern genau so viele Betriebe je Einwohner gegeben, wie im früheren Bundesgebiet und fährt dann fort: *„Allerdings bestehen große strukturelle Unterschiede, die einer nachhaltig schnelleren Expansion des Unternehmenssektors im Wege stehen. Während Führungszentralen fast völlig fehlen und Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten in den neuen Ländern deutlich unterrepräsentiert sind, wird die Unternehmenslandschaft weitgehend von mittelgroßen, kleinen und kleinsten Unternehmen geprägt.“*<sup>30</sup>

Die Transformation prägte auch nachhaltig negativ die Eigentums- und Erzeugnisstrukturen der Industrie, wie auch der gesamten Wirtschaft in Ostdeutschland: sie sind extrem stark auf das frühere Bundesgebiet ausgerichtet: denn;

- infolge der rigorosen Privatisierung von Volkseigentum durch die THA, gelangten viele Betriebe ins Eigentum westdeutscher Investoren. Sie wurden dort zu Filialen, verlängerten Werkbänken, Zulieferer von Unternehmen, deren Hauptsitz und auch wichtigster Expansionsraum außerhalb der neuen Länder lag.
- diejenigen Betriebe, die im reinen Ostmanagement überlebten, darunter viele sehr innovative, FuE-intensive Produktionsstätten, fanden potente Kunden für ihre Erzeugnisse zunächst nur im Westen. Zugleich konnten sie bestimmte Komponenten und Teile für ihre Erzeugnisse ebenfalls nur von dort beziehen, weil ostdeutsche Betriebe dafür nicht mehr existierten.

---

<sup>29</sup> IAB Betriebspanel Ost, Ergebnisse der vierzehnten Welle 2009, Berlin, März 2010, S. 103-

<sup>30</sup> IWH, >Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren<; in Sonderheft 1 / 2009, S. 34

In den ostdeutschen Industrieregionen konnten deshalb keine endogenen, eigen-dynamischen komplexen Standorte<sup>31</sup> entstehen. Die meisten und vor allem die größten Betriebe waren abhängig von Mutterunternehmen, Leitzentralen und Kunden, deren strategische Interessen sich entweder gar nicht oder nur untergeordnet auf die Entwicklungsbedürfnisse der neuen Länder richteten.

**Tabelle 16 Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2009 (Stand: 30 Juni) nach den Eigentumsverhältnissen des Betriebes (alle Betriebe<sup>1</sup>)**

Eigentumsverhältnis	Verteilung der Betriebe	Beschäftigte		
		Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung
	Prozent	Tsd. Personen	Personen	Prozent
Ostdeutsches Eigentum	72	2.958	10	48
Westdeutsches Eigentum	12	1.131	22	18
Ausländisches Eigentum	3	278	25	5
Öffentliches Eigentum	4	1.145	61	18
Sonstiges bzw. nicht bekannt	9	710	19	11
Insgesamt	100	6.222	15	100

1) Nicht nur Industriebetriebe

Quelle: Kopie aus: IAB Betriebspanel Ost – Ergebnisse der vierzehnten Welle 2009, Berlin März 2010, S. 17

Tabelle 16 zeigt, dass diese Folge der Transformation bis heute die Eigentumsstruktur bestimmt: Im Schnitt sind die Betriebe im westdeutschen Eigentum mehr als doppelt beschäftigungsintensiver, also größer, leistungsfähiger, als die von ostdeutschen Eigentümern.

Wie oben erwähnt, reflektiert auch die Erzeugnisstruktur die Folgen der Transformation: *„So setzt die ostdeutsche Industrie seit Jahren mehr als die Hälfte ihrer für das Inland bestimmten Produktion in den Alten Bundesländern ab.“* Zu diesem Ergebnis kam das IWH bereits 2007 in einer Analyse und fügt hinzu, dass diese Lieferungen hauptsächlich *„den Verkauf von Vorleistungsgütern“* betreffen.<sup>32</sup> Welche wirtschaftlichen Konsequenzen sich daraus für die ostdeutsche Region ergeben, benennt das IAB im seinem Betriebspanel Ost:

*„Die Konzentration auf Vorleistungsgüter hat zwei wesentliche Einflüsse auf die Produktivitätslücke: Erstens hängen diese Unternehmen sehr stark von den Finalproduzenten ab, die einmal den Preis für die Vorleistungsgüter bestimmen*

<sup>31</sup> >Komplexe Standorte< sind Industrieregionen, in denen um Großbetriebe herum, Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern existieren sowie enge Produktionsverbände (Cluster) von Betrieben, die Teile und Komponenten von technikintensiven Finalerzeugnissen herstellen. Die Herausbildung solcher Standorte im Osten ist ein qualvoller Prozess, der, trotz inzwischen beachtlicher Fortschritte, nur begrenzte Erfolge bringen kann, weil die Hauptproduktionsstätten von Konzernen außerhalb der Region bleiben.

<sup>32</sup> IWH, Wirtschaft im Wandel, 7 / 2007, S. 233

*und zum anderen ihre Absatzschwankungen auf die Vorleistungsgüterproduzenten übertragen, was dort zu Unterauslastungen der Kapazitäten führen kann und damit zur Verringerung der Wertschöpfung je Mitarbeiter beiträgt. Andererseits werden dadurch Möglichkeiten nicht genutzt, Zugang zur Herstellung höherwertiger Produkte zu finden, mit denen auch höhere Preise realisiert werden könnten. Die Option Niedrigpreis ohne kostenseitige Voraussetzungen ist ungeeignet zur nachhaltigen Schließung der Produktivitätslücke beizutragen. Sie spiegelt die grundsätzliche Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft, ein nachfragegerechtes Angebot ohne Preiszugeständnisse durchsetzen zu können wider.*<sup>33</sup>

Fazit: Eine Angleichung der „Wirtschaftskraft“ der ostdeutschen an die der westdeutschen Industrie bis 2019 ist nicht zu erwarten, der gegenwärtige Rückstand ist verfestigt. Das aber gilt nicht nur für die Industrie, dem Motor der Angleichung. Die „Wirtschaftskraft“ aller Bereiche der Volkswirtschaft liegt beträchtlich unter dem westlichen Niveau; denn nicht nur die Produktions- und Leitzentren der Industriekonzerne liegen durchweg im Westen auch jene der Banken, der Versicherungen, des Groß- und Einzelhandels sowie den Dienstleistungsunternehmen (Anwaltskanzleien, Unternehmensberatung u. a.). Zudem drückt das gegenüber dem Westen geringere Einkommensniveau auf die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im Handel und den Dienstleistungen.

## **5.2 Die FuE-Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft**

Die Stärkung der ostdeutschen Wirtschaftskraft wird wesentlich durch die Innovationsintensität der Unternehmen und Betriebe beeinflusst. Neue Marktanteile lassen sich für ostdeutsche Unternehmen, die, bei allen Einschränkungen, in einer Hochlohn-Region fungieren, nur über innovative Produkte und Leistungen erringen. Voraussetzung dafür ist eine intensive FuE-Tätigkeit in den Betrieben, wenn sie allein auch nicht ausreichend ist. Hier aber hinterließ die Transformation katastrophale Folgen. *„Die Anzahl der Beschäftigten in Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft sank von rund 86.000 im Jahr 1989 auf rund 32.000 im Jahr 1993. Verbindungen, wie sie zu DDR-Zeiten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bestanden, rissen größtenteils ab, Netzwerke mussten komplett neu geknüpft werden.*<sup>34</sup> Die Zerstörung der gewachsenen ostdeutschen Betriebs- und Kooperationsstrukturen aber setzte der >Neuknüpfung< von FuE-Verbänden enge Grenzen, die bis heute bestehen.

Auch dazu gibt der Bericht der Bundesregierung eine bemerkenswerte, kritische Bilanz:

---

<sup>33</sup> IAB Betriebspanel Ost – Ergebnisse der vierzehnten Welle 2009, Berlin März 2010, S. 104

<sup>34</sup> Bundesministerium des Innern, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2010, Berlin, September 2010, S. 117

„Noch immer sind die FuE-Strukturen im Osten Deutschlands komplett andere als im Westen. Während in den Alten Ländern nur ein Viertel des FuE-Volumens auf öffentliche Institutionen entfällt und fast drei Viertel auf die Wirtschaft, ist das in Ostdeutschland praktisch umgekehrt: Mehr als die Hälfte der FuE-Ausgaben fließen über Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen, nur ein vergleichsweise kleiner Teil über FuE-Projekte aus Unternehmen. ... Der Grund liegt vor allem an der im Osten fehlenden Großindustrie. In Westdeutschland fallen rund 85 Prozent der internen FuE-Aufwendungen und fast 80 Prozent des FuE-Personals auf Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Diese fehlen in den Neuen Ländern praktisch gänzlich“<sup>35</sup>

Welche Auswirkungen sich aus der KMU-dominierten Betriebstruktur Ostdeutschlands auf die FuE-Intensität ergeben, machen die Ergebnisse der jüngsten Studie von EuroNorm<sup>36</sup> wiederum deutlich. In Tabelle 17 sind einige Eckdaten daraus aufgeführt. Im Jahre 2008 entfielen auf die neuen Länder, einschl. Berlin-Ost, gerade einmal 4,3 v. H. der gesamtdeutschen FuE-Aufwendungen in der Wirtschaft. Die Ausstattung mit Forschungsmitteln je FuE-Beschäftigten erreichte nur knapp 60 v. H. des gesamtdeutschen Niveaus. Die deutlich günstigeren Werte für Ostdeutschland einschließlich Berlin, ergeben aus dem starken Gewicht **Westberlins** in den FuE-Aktivitäten. FuE in dieser Region wurden im kalten Krieg, als Schaufenster für den Osten, bevorzugt subventioniert, so dass zahlreiche Konzerne dort FuE-Einrichtungen ansiedelten. Die inzwischen auch in Berlin-Ost entstandenen FuE-intensiven Unternehmen, vor allem in Berlin-Adlershof, konnten bislang noch nicht zum Westberliner Niveau aufschließen.

**Tabelle 17 FuE-Intensitäten in Ostdeutschland im Vergleich zu Deutschland insgesamt, 2008**

Gegenstand	D	nBl. mit Berlin	nBl. einschl. Berlin-Ost.	nBl. mit Berlin.	nBl. einschl. Berlin-Ost.
	absolut	absolut		Anteil an D, v. H.	
FuE-Beschäftigte je Tsd. Erwerbstätige	7,9	4,7	3,8	59,5	48,1
FuE-Aufwand der Wirtschaft Mrd. €	53,6	4,5	2,3	8,4	4,3
Ausstattung des FuE-Personals mit Forschungsmitteln, Tsd. € <sup>1</sup>	170	137	100	80,6	58,8

<sup>35</sup> Ebenda, S. 118

<sup>36</sup> EuroNorm ist ein Forschungsinstitut, das im Auftrage des BMWi seit Bildung der neuen Bundesländer die Entwicklung von FuE-Daten in dieser Region erfasst und bewertet.



### 1) FuE-Aufwand je FuE-Beschäftigten

Quelle: EuroNorm, „Wachstumsdynamik und strukturelle Veränderungen der FuE-Potenziale im Wirtschaftssektor Ostdeutschlands und der neuen Bundesländer – FuE-Daten 2005 bis 2008“, Berlin, Juli 2009, S. 7 f.

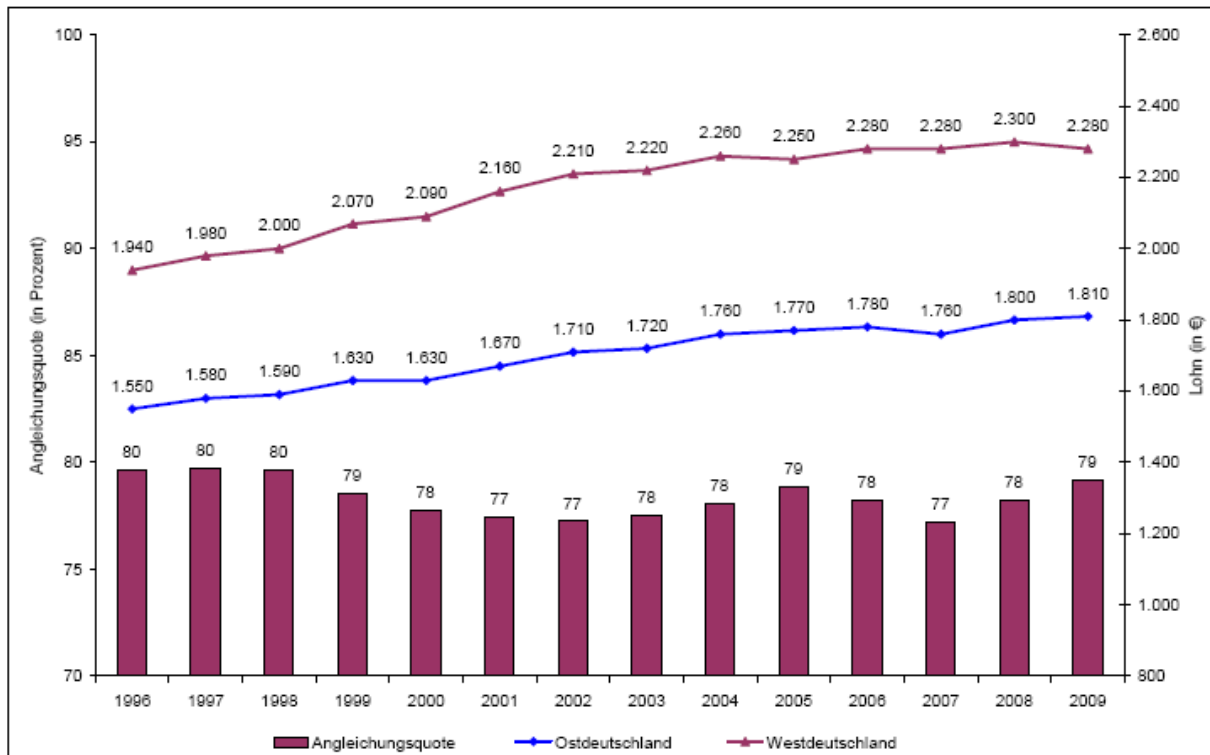
Die Quellen für Basisinnovationen und Innovationsrenditen liegen mithin im Westen, in den Labors und Forschungsabteilungen der Konzerne; ein eklatanter Mangel für den weiteren Angleichungsprozess – und auch hier ist keine wesentliche Veränderung in Sicht.

### **5.3 Die Ost-West-Einkommenslücke**

Alle bisher skizzierten Defizite der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber dem Westen schlagen sich letztlich auf das Einkommensniveau der Beschäftigten nieder. Wie aus Abbildung 5 ersichtlich stagnieren die ostdeutschen Bruttolöhne und –gehälter seit 1996, mit beachtlichen Schwankungen, bei 80 Prozent des Westniveaus.

#### **Abbildung 5 Bruttodurchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland und Angleichungsquote (Westdeutschland = 100);**

Stand jeweils Juni, ohne Arbeitgeberanteil und ohne Urlaubsgeld, alle Betriebe mit Umsatz



Quelle: Kopie von IAB Betriebspanel Ost, Ergebnisse der vierzehnten Welle, Berlin, März 2010, S. 99

Diese Entwicklung ist ein weiterer Beweis dafür, dass es keinen kontinuierlichen Aufholprozess in Ostdeutschland gibt. Die Einkommen der Beschäftigten bewegen sich vielmehr auf dem Level der generellen, transformationsbedingten Produktivitätslücke zu Westdeutschland; die Schwankungen ergeben sich aus dem konjunkturellen Auf und Ab des allgemeinen Wirtschaftsverlaufs in West und Ost.

Die entscheidenden Ursachen für die Einkommenslücke werden aus der Abbildung 6 deutlich: Es sind die strukturellen, transformationsbedingten Defizite der ostdeutschen Wirtschaft. Die größte Lücke zum westdeutschen Einkommensniveau klafft im Verarbeitenden Gewerbe auf. Dort erreichten die Beschäftigten im Juni 2009 nur 74 v. H. des Westniveaus (je Beschäftigten) und nur 69 v. H. des Westniveaus je Vollzeitäquivalent berechnet. Hier schlägt sich der KMU-dominierte Charakter der Industrie in Ostdeutschland nieder, denn die Einkommen in Klein- und Mittelbetrieben liegen deutlich niedriger gegenüber denen in starken Mittel- und Großbetrieben. Wie aus Tabelle 18 zu ersehen, erhielten die ostdeutschen Beschäftigten in der Betriebsgrößenklasse (alle Wirtschaftsbereiche) von 10 bis 49 Beschäftigten nur 76 v. H. der Einkommen die in Betrieben mit 250 u. m. Beschäftigten gezahlt wurden.

Hinzu kommt, dass es in den ost- gegenüber den westdeutschen Unternehmen infolge der weiteren wirtschaftlichen Strukturschwächen (ungenügende Innovati-

ons-, FuE- und Exportintensität sowie fehlende Leitzentralen) auch bedeutend weniger qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit gut dotierten Beschäftigten gibt. Relativ hohe Einkommen erzielten die ostdeutschen Beschäftigten in der Landwirtschaft, wo sich starke Genossenschaften halten konnten, und in den Unternehmen im Finanz- und Versicherungsbereich. Hierbei handelt es sich durchweg um Filialen westdeutscher Konzerne, die z. T. mit importierten Führungspersonal aus deren Zentralen besetzt wurden.

**Tabelle 18 Bruttodurchschnittslohn/ gehalt nach Branchen und Betriebsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland, 2009**

Stand jeweils Juni, ohne Arbeitgeberanteil und ohne Urlaubsgeld, alle Betriebe mit Umsatz

Branche/ Betriebsgröße	Bruttodurchschnittslohn/ -gehalt		Lohnangleichung (West=100)	
	Ostdeutschland	Westdeutschland	Basis: Beschäftigte	Basis: Vollzeit-äquivalente**
	€		Prozent	
Land- und Forstwirtschaft	1.530	1.330	115	95
Bergbau/ Energie/ Wasser/ Abfall	2.620	3.060	85	83
Verarbeitendes Gewerbe	2.150	2.910	74	69
Baugewerbe	1.910	2.320	82	76
Handel und Reparatur	1.580	1.930	82	75
Verkehr/ Information/ Kommunikation	2.060	2.640	78	74
Finanz-/ Versicherungsdienstleistungen	2.350	2.340	101	86
Dienstleistungen	1.590	1.790	89	82
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1.690	2.090	81	76
Erziehung und Unterricht	1.450	1.770	82	79
Gesundheits- und Sozialwesen	1.820	1.800	101	91
Übrige Dienstleistungen	1.110	1.210	92	82
1 bis 4 Beschäftigte	1.340	1.520	88	75
5 bis 9 Beschäftigte	1.560	1.600	98	83
10 bis 49 Beschäftigte	1.740	1.980	88	80
50 bis 249 Beschäftigte	1.830	2.310	79	75
ab 250 Beschäftigte	2.300	2.980	77	75
Ostdeutschland insgesamt	1.810		79	73
Westdeutschland		2.280	100	100

\* Die Branchenstruktur basiert auf der WZ 2008 und ist nur bedingt mit den Ergebnissen aus den vorherigen Panelwellen vergleichbar.

\*\* Berechnet unter Einbeziehung von Teilzeitarbeit, Auszubildenden sowie der Wochenarbeitszeit.

Quelle: Kopie von IAB Betriebspanel Ost, Ergebnisse der vierzehnten Welle, Berlin, März 2010, S. 101

Insgesamt entspricht die Einkommenslücke folglich dem transformationsbedingten Leistungsgefälle zwischen der ost- und westdeutschen Wirtschaft. Ein Angleichungsprozess ist gegenwärtig nicht in Sicht.

## 6. Für eine neue gesamtdeutsche Wirtschaftsstrategie.

Während die Finanzmarktkrise noch immer schwelt, weil unbekannt ist, wie viele faule Papiere noch bei welchen Banken lagern, die durchaus erneute Zusammenbrüche von Geldinstituten hervorrufen können, ist die zyklische Krise überwunden. Nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik wuchs das reale BIP in der Bundesrepublik gegenüber dem niedrigen Niveau von 2009 im ersten Halbjahr 2010 um 3,1 v. H, siehe Tabelle 19.<sup>37</sup> Die dort wiedergegebenen Daten zeigen zugleich, dass der Aufschwung im Westen sich kräftiger entwickelt als im Osten. Produktion und Exporte belebten sich zunächst in den Industriezentren des früheren Bundesgebiets. Die transformationsbedingt vom Westen abhängigen Unternehmen im Osten gelangten erst danach in den Sog der konjunkturellen Belebung, folgten, langsamer zwar, dem allgemeinen Aufschwung. Ein weiteres Indiz dafür, dass auch die Krise keinen neuen Impuls für einen Aufholprozess

<sup>37</sup> Mit dieser Wachstumsrate ist das Vorkrisenniveau des BIP noch nicht wieder erreicht.

gegeben hat, was auch nicht zu erwarten war. Die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland wird sich folglich, wie oben dargelegt, auch weiterhin mit verfestigter Produktivitäts- und Einkommenslücke zu Westdeutschland im Rahmen der allgemeinen Konjunktur weiter entwickeln. Damit ist auch klar, dass die nebulös von der Bundesregierung prophezeite Annäherung bis 2019 illusorisch bleibt.

**Tabelle 19 Bruttoinlandsprodukt, 1. Halbjahr 2010 - vorläufige Ergebnisse in Deutschland nach Bundesländern**

Bundesland	Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts 1. Halbjahr 2010 gegenüber 1. Halbjahr 2009	
	in jeweiligen Preisen	Preisbereinigt
	v. H.	
Baden-Württemberg	6,1	5,0
Bayern	3,8	3,2
Bremen	3,8	2,6
Hamburg	3,4	2,3
Hessen	4,0	2,7
Niedersachsen	3,5	2,7
Nordrhein-Westfalen	3,7	2,9
Rheinland-Pfalz	5,5	4,5
Saarland	5,9	4,9
Schleswig-Holstein	1,2	0,6
Alte Bundesländer einschl. Berlin	4,1	3,2
ohne Berlin	4,2	3,3
Brandenburg	3,5	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	0,6
Sachsen	3,0	2,3
Sachsen-Anhalt	2,5	1,3
Thüringen	4,3	3,4
Neue Bundesländer einschl. Berlin	3,0	2,2
ohne Berlin	3,0	2,2
Berlin	2,9	2,1
Deutschland	4,0	3,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGR d L), BIP 1. Halbjahr 2010, online Tabelle

Dennoch ist eine Wirtschaftspolitik erforderlich, die zu einer Veränderung, zur sukzessiven Zurückdrängung der transformationsbedingten ostdeutschen wirtschaftlichen Strukturschwächen führt. Allerdings müsste sie auf völlig andere Ziele ausgerichtet und mit anderen, alternativen Mitteln und Instrumenten betrieben werden, als dies von der gegenwärtigen Bundesregierung geschieht.

Auf der Tagesordnung steht heute ein Strukturwandel der deutschen Wirtschaft insgesamt, der den herangereiften objektiven Erfordernissen der Weltwirtschaft entspricht. Dazu zählen, um nur die wichtigsten zu nennen,

- die Lösung des Energieproblems (weg vom Öl, Erschließung erneuerbarer Energiequellen, eine qualitativ effizientere Nutzung von Energie)
- wesentliche Schritte hin zum Schutz der Umwelt und des Klimas (deutliche, absolute Verminderung des Ressourceneinsatzes, Wärmedämmung u. a., drastische Verminderung der Schadstoffimmissionen, Renaturierung oder Sanierung der bereits zerstörten bzw. geschädigten Naturressourcen bzw. Lebensräume)
- eine neue Weltwirtschaftsordnung (Beseitigung von Hunger und Armut, Schaffung ausgewogener internationaler Wirtschaftsbeziehungen<sup>38</sup>, wirksamere, sozialorientierte Entwicklungshilfe)
- Lösung des Verkehrsproblems (weg von der individuellen Motorisierung, neue Formen der Massenmobilität u. a.)
- Strukturveränderungen in den öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystemen, die den demographischen Bedingungen (Alterung der Gesellschaft), sowie den Erfordernissen von Vollbeschäftigung und menschenwürdigen Lebensbedingungen für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft entsprechen.

Bisher fehlen für einen solchen Strukturwandel, der aus humanistischer und wissenschaftlicher Sicht unabdingbar ist, alle Voraussetzungen. Es gibt dafür weder praktikable wirtschaftspolitische Konzepte und Strategien sowie, was noch wichtiger ist, handlungsfähige, mächtige gesellschaftliche Interessen und Bewegungen. Im Gegenteil, noch dominieren die Beharrungsinteressen der internationalen Konzerne wie z.B. die als Konjunkturstimulierung von der Bundesregierung gewährte >Abwrackprämie< ebenso wie die jüngst beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für AKW beweisen.

Die Menschheit befindet sich mithin in einer Übergangsphase, in der einerseits, mit zunehmendem Druck, die notwendigen Strukturveränderungen ins gesellschaftliche Bewusstsein dringen, andererseits jedoch die Beharrungsinteressen der wirtschaftlich und politisch Herrschenden, wie auch der Masse der Verbrau-

---

<sup>38</sup> Die extreme Verschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands ist vor allem eine Folge der Überschwemmung des griechischen Binnenmarkts mit Importen, wozu Deutschland einen großen Beitrag leistete. Statt der griechischen Regierung als Rettungsplan neue Kredite anzubieten, wäre es wesentlich hilfreicher, den griechischen Unternehmen mit Direktinvestitionen zu helfen, konkurrenzfähig und importunabhängiger zu werden. Daran führt ohnehin kein Weg vorbei, wenn die griechische Krise nachhaltig überwunden werden soll.

cher, noch immer die praktische Politik dominieren.<sup>39</sup> Verlauf und Ausgang dieser kritischen Phase der Menschheitsgeschichte sind z. Z. nicht abzusehen.

Im Rahmen dieser grundlegenden Herausforderungen entwickelt die MEMO-Gruppe seit Jahren ihre Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik, die sich auch auf den Abbau des innerdeutschen West-Ost- Wirtschaftsgefälles richten. Im Hinblick auf die letztgenannte Zielstellung gilt es, einerseits den Erfordernissen des grundlegenden Strukturwandels der deutschen Wirtschaft insgesamt nicht entgegen zu handeln, andererseits jedoch im Rahmen gegenwärtiger, realistischer Möglichkeiten eine kontinuierliche Verminderung der Produktivitäts- und Einkommenslücke zwischen Ost und West zu erreichen. In diesem Sinne ist der nun angelaufene konjunkturelle Aufschwung zu nutzen, um vor allem zwei wesentliche wirtschafts- und sozialpolitische Veränderungen in der Bundesrepublik insgesamt durchzusetzen, die aber zugleich positiv auf den Ost- West- Angleichungsprozess wirken.

## **1. Stärkung der Massenkaufkraft und Verminderung der Ost-West-Einkommenslücke**

Für diese Aufgabe bietet der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung günstige Bedingungen, die für folgende Veränderungen zu nutzen sind:

- Gesetzliche Festsetzung eines einheitlichen, gesamtdeutschen Mindestlohnes, der ein menschenwürdiges Leben ohne öffentliche Aufstockungen ermöglicht.<sup>40</sup>
- Zurückdrängung der Leiharbeit und ihre Gleichstellung mit den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung für die regulär in den Betrieben Beschäftigten.
- Wiederherstellung einer dynamischen Rentenanpassung an den Produktivitätsfortschritt.
- Weg mit der >Rente 67<, stattdessen Wiederherstellung des gesetzlichen Renteneintrittsalters mit 65 Jahre und Schaffung eines berufsabhängigen und individuell bedingten, flexiblen Systems der Altersberentung ohne Abschläge.
- Aufstockung des ALG II auf einen Betrag, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, zugleich jedoch den Charakter einer Übergangshilfe zu eigenständigem Verdienst aus Arbeit behält.

---

<sup>39</sup> Vergleiche hierzu: Oskar Negt, „In dieser Gesellschaft brodelt es“, Der Spiegel, Heft 32 / 2010, S. 98 ff.

<sup>40</sup> Er sollte mindestens 8,50 € betragen. Siehe hierzu: >Sachsen-Anhalt, Konzept 2011< Die Linke, Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, S. 58

## **2. Ausbau und wesentlich bessere Ausstattung aller Anlagen und Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur.**

Hierbei geht es um eine deutlich bessere materielle und personelle Ausstattung dieser Einrichtungen sowie um die Bereitstellung eines mehrjährigen Investitionsfonds für deren Ausbau. Hauptadressaten dieser Maßnahmen sind:

- die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen (Kindergärten –und –horte, Schulen, Fach- und Hochschulen, Universitäten)
- die Einrichtungen des Gesundheitswesens (Kranken- und Ärztehäuser, die öffentlichen Unternehmen des Rettungs- und Betreuungssystems).
- die Kultur- und Sportanlagen sowie –einrichtungen (Theater, Stadien etc, Einrichtungen der Jugendbetreuung u. ä.)

Diese Vorschläge bewirken eine Veränderung in der Verteilung des BIP, die in Richtung Ausweitung des Binnenmarktes und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der Konsumgüterherstellung sowie im öffentlichen Dienst führen. Dabei entstünden auch neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die sich besonders günstig auf die Einkommens- und Produktivitätsentwicklung in Ostdeutschland auswirkten.

---

Oktober 2010